

Schweizerzeit

Bürgerlich-konservatives Magazin für Unabhängigkeit, Föderalismus und Freiheit

«*Ja zur Schweiz*»

Der uneingeschränkte Krieg

2

Was wäre die Schweiz ohne SVP?

10

KMU-Vertreter in die Regierung!

12

Winter in Bülach ZH
Bild: Verena Magnani, Bülach



«Unrestricted warfare» oder

Der uneingeschränkte Krieg

von Isabel Villalon, Ingenieurin im Fach Maschinenbau mit Spezialgebiet Energie

Ende 2019 steht die Administration Trump auf festem Boden, die US-Wirtschaft floriert, die Arbeitslosigkeit ist so tief wie schon seit langer Zeit nicht mehr, Wallstreet kennt nur einen Weg: nach oben.



Trump macht auf die US-Industrie Druck, Arbeitsplätze von China nach den USA zurückzuholen, ebenfalls löst er einen Handelskrieg mit China aus, Zolltarife werden erhöht, und zwar gekonnt und ohne mit der Hand zu zittern. Die chinesische Führung verliert täglich das Gesicht, wird sogar zu einem milliarden schweren Kaufprogramm von nordamerikanischen landwirtschaftlichen Erzeugnissen gezwungen.

Im Weissen Haus verfügt Präsident Trump über einen brillanten Berater, Hardliner Dr. Peter Navarro, Verfasser des Buches: «Death by China» (Tod durch China). Zeitweise werden im Tagesrhythmus Zolltarife erhöht. Auf internationaler Ebene machen die USA Druck, damit der mächtige chinesische Telekomausrüster Huawei (dessen Nähe zu den chinesischen Geheimdiensten ausser Frage steht) aus nationalen Ausschreibungen zum Ausbau der Mobilfunknetze der fünften Generation (5G) rausfliegt. Die Tochter des Huawei-Gründers wird in Kanada auf Begehren der USA in Auslieferungshaft gesetzt, da sie als Finanzchefin des Konzerns mithalf, Sanktionen gegen Iran zu umgehen.

In der ehemaligen britischen Kronkolonie Hongkong braut sich derweilen eine Revolution an, Studenten rebellieren nun offen gegen die chinesischen Machthaber und schaffen es, breite Bevölkerungsschichten zu mobilisieren. In China beginnt die Wirtschaft aufgrund der amerikanischen Zolltarife zu schwächeln.

Die chinesischen Börsen kennen nur einen Weg: nach unten. Erste Banken gehen bankrott. Menschen versuchen, ihre Ersparnisse zu retten.

Die chinesische Doktrin des uneingeschränkten Krieges

Zwei Politoffiziere der Luftwaffe der chinesischen Volksbefreiungsarmee, die Obristen Qiao Liang und Xiangsui Wang, publizierten im Februar 1999 an der militärischen Hochschule Peking eine neuartige militärische Doktrin mit dem Ziel, einen chinesischen Sieg über «eine technologisch weitaus überlegenere Supermacht» zu erringen. Die Strategie basiert auf alternativen Methoden der Kriegsführung, um den Feind ökonomisch, sozial und militärisch zu erledigen, ohne dabei eine direkte militärische Konfrontation einzugehen. Ein dreckiger Krieg also, in dem keine hinterhältigen Mittel sakrosankt sind: Drogen, Terrorismus, soziale Aufwiegelung, Viren. Viren? Ja, auch Viren!

Die militärischen Weltspiele in Wuhan, der erste Test

Im Oktober 2019 finden in der chinesischen Stadt Wuhan die militärischen Weltspiele statt. Fast 10'000 Militärangehörige aus 100 Ländern nehmen an dieser militärischen Sportolympiade teil. Noch während der Spiele werden zahlreiche Teilnehmer krank: Fieber, Gelenksbeschwerden, Husten, Lungenentzündungen. Einzelne Delegationen sind besonders stark betroffen: Amerikaner, Franzosen, Italiener, Spanier. Einzelne Länder stellen diese Erkrankungen unter militärisches Geheimnis, da es ausschliesslich Soldaten und Offiziere ihrer Armeen betrifft.

Am 9. Januar 2020 publiziert die Europäische Seuchenschutzbehörde (ECDC) eine zweideutige Warnung vor einem neuartigen Coronavirus aus der zentralchinesischen Stadt Wuhan. Es bestünden direkte wöchentliche Flugverbindungen nach Europa, deren sechs nach Paris sowie je drei Flüge nach Rom und London. Fast der ganze europäische Kontinent sei mittels indirekten Flugverbindungen zu diesen drei europäischen Hauptstädten mit Wuhan verbunden. Weil eine «Mensch zu Mensch»-Übertragung jedoch nicht gegeben sei, werde dies kein grosses Problem werden. Die ECDC folgte hier den Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO), welche sich ihrerseits auf chinesische Angaben stützt. Den Rest kennen und erleben wir gerade.

China abschotten, die Welt grosszügig bedienen

In der frühen Entstehungsphase der Pandemie spielen sich sonderbare Geschehnisse ab. China verheimlicht der Welt die «Mensch zu Mensch»-Übertragung des

SCHUMACHER IMMOBILIEN⁺
mehrwert machen



„Wir bieten Dienstleistungen rund um Grundstücke, Immobilien und deren Planung an.“

Hugo Schumacher
4542 Luterbach
032 682 03 88
www.schumacher-immobilien.ch

viralen Infektes. Ärzte und Journalisten, die darüber berichten, werden eingesperrt und drangsaliert. Die Stadt Wuhan wird rigoros abgeschottet – ausser den genannten Flugverbindungen in die Welt hinaus. China Airways International und China Eastern Airlines bedienen weiterhin fleissig die Welt mit ihren Direktflügen. Die unweit gelegenen Megastädte an der Küste Chinas sowie die Hauptstadt Peking weisen deshalb weniger Fälle auf, als etwa London, Paris, Madrid und New York.

Die Verantwortliche für die Abschottung von Wuhan und die Bekämpfung der Pandemie in China ist eine hohe Militärperson: Frau Generalmajor Chen Wei, oberste Militärexpertin in biologischer Kriegsführung und somit auch Chefin des militärisch genutzten biologischen P4-Labors in Wuhan – dem Labor, in dem «nichts geschah» (weshalb auch über 300 Studien zum Thema aus den Rechnern gelöscht wurden).

Ein Virus, welches fast keine Asiaten umbringt

Während die Welt in der Tristesse der Pandemie Weihnachten und Neujahr 2020 still zu Hause bleibt, feiert China. Bilder gehen ungehindert um die Welt: Menschenmassen ohne Masken und sozialer Distanz feiern dichtgedrängt in Nachtclubs, an Konzerten oder sonstigen Anlässen. Die berüchtigten infizierenden Aerosole scheinen dort überhaupt keine Rolle mehr zu spielen. Mehr noch: China meldet seit Monaten keinen einzigen Toten aufgrund des Virus, während

LACHEN VERBOTEN!

«Die Grüene sind komischi Lüüt. Da sind doch bunti Vögel. Die ässed de ganz Tag Chengfu und wend ös de Schwartemage verbüte. Und jetzt wends au no in Bundesrot. Da isch doch en Witz, da goht doch gar nid. Da isch ja, wie wenn me en Traktor wörd mit Kamilletee tanke.»

Simon Enzler, Appenzeller Kabarettist



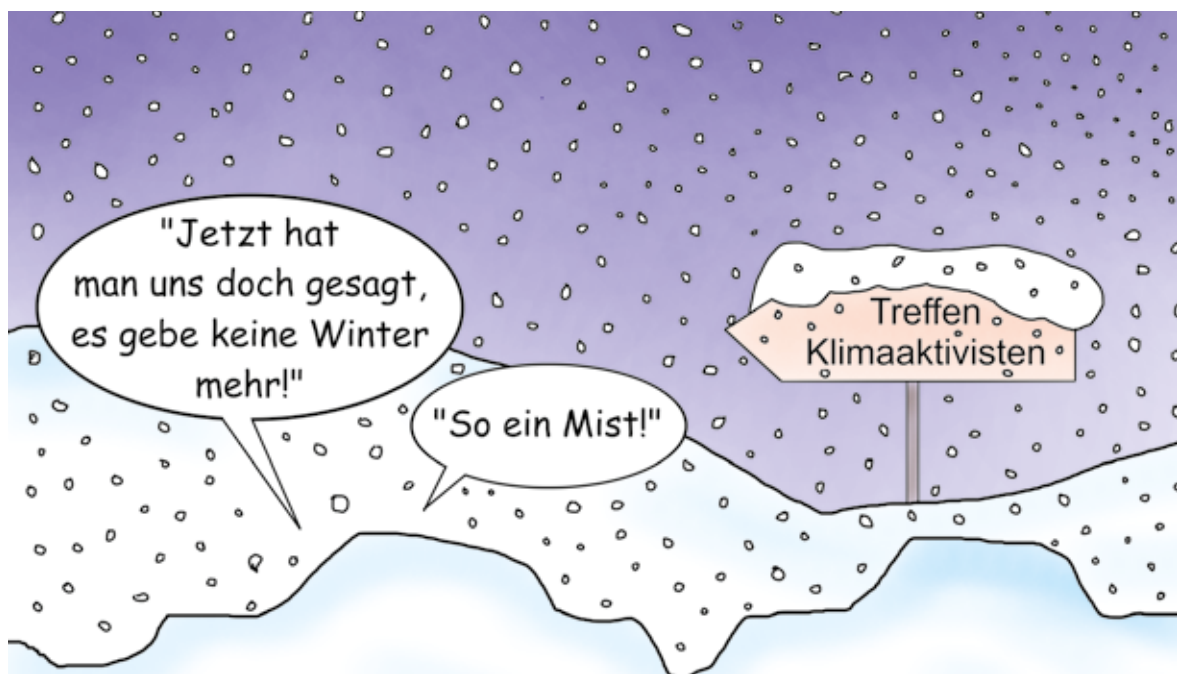
die Welt am Virus erstickt. 1,4 Milliarden Menschen, teilweise in äusserst dicht besiedelten Städten – keine Infizierten, keine Toten. In China ansässige Schweizer berichten mir: «Coronavirus ist vorbei hier.»

In vielen asiatischen Ländern wie Japan, Vietnam, Laos, Kambodscha, Südkorea, Thailand ist es ähnlich. Lockdown? Keineswegs. Weder Japan noch Taiwan, noch Singapore haben jemals einen Lockdown verhängt, und trotzdem ist die Anzahl der mit dem Virus Infizierten und Verstorbenen im Vergleich zu Europa und den USA äusserst gering. Sonderbar, nicht? Nein, nicht unbedingt. Nicht, wenn es sich um eine genetische Massanfertigung des Virus' handelt, welches insbesondere gewisse genetische Haplogruppen (diese

Fortsetzung auf Seite 5

Nicht mal mehr auf die Klimaerwärmung kann man sich verlassen...

*cartoonexpress.ch
Martin und Jürg Guhl*





MEILENSTEIN

ARBEITEN ▼ ERLEBEN ▼ GENIESSEN ▼ SCHLAFEN



➤ EIN EINZIGARTIGES ZENTRALES ERLEBNISHOTEL

Das 4-Sterne-Hotel Meilenstein mit 85 exklusiven Doppelzimmern bietet eine inspirierende Szenerie für geschäftliche oder private Aufenthalte im Herzen der Schweiz.

- Diverse Restaurants lassen kulinarisch keine Wünsche offen
- Faszinierende Unterwasserwelt im Aquarium Langenthal
- Exklusives Fahrzeug- und F1-Museum mit Fahrzeugen aus aller Welt
- Bowling- und Billard-Freizeitspass für Private, Firmen und Vereine
- Eigenes Wellness- und Sportcenter für aktive Freizeitgestaltung



Loitzwilstrasse 66 | 4900 Langenthal | Tel 062 919 18 18
 info@dermeilenstein.ch | www.dermeilenstein.ch



KIDDY DOME



SWISS FAMILY CENTER

DIE GRÖSSTE INDOOR FAMILIEN- UND ERLEBNISWELT DER SCHWEIZ



WWW.KIDDYDOME.CH

KIDDY DOME SWISS AG | HAUPTSTR. 52 | CH - 4938 ROHRBACH | INFO@KIDDYDOME.CH | TEL. 062 919 60 00



haben spezielle Positionen auf einem Chromosom) umbringt – nämlich die unsere.

Verschiedene ernstzunehmende Studien internationaler Wissenschaftler haben einen Zusammenhang zwischen den Mortalitätsraten aufgrund von Coronavirus-Infektionen und vorkommenden genetischen Haplogruppen in geografischen Gebieten festgestellt. Dabei überwiegt die genetische Haplogruppe R1b in den am meisten vom Virus befallenen Ländern klar. Während in gewissen Ländern (Vereinigtes Königreich, Spanien, Frankreich, Italien, USA, Lateinamerika) 60 bis 100 Prozent der Bevölkerung dieser genetischen Haplogruppe angehören, ist diese in Asien nur zu zwei Prozent in der Bevölkerung vertreten.

Eine Pandemie: Inflexionspunkt der westlichen Zivilisation? «Mission erfüllt!» werden sich die chinesischen Machthaber sagen. Präsident Donald Trump wurde politisch eliminiert, dies insbesondere aufgrund der vom Virus in den USA verursachten sozialen Unruhen. Die Revolution in Hongkong wurde dank der Corona-Pandemie von der kommunistischen Führung Pekings einkasziert, gegenüber Taiwan wird mit dem Säbel gerasselt.

Wirtschaftlich leidet der Westen enorm an dieser Pandemie, während sich Chinas Wirtschaft an der Pandemie gesundstösst. Auch sozial kommen wir an unsere Grenzen. Unsere westlichen Gesellschaften sind gespalten wie selten zuvor. Das Virus verändert uns, wir vertrauen niemandem mehr, nicht unseren Regierungen und auch nicht unseren Nachbarn. Sogar in den Familien herrscht nun physischer und teilweise auch emotionaler Abstand. Je länger, je mehr.

China notiert alles, China lernt. So werden z.B. in Afrika die genetischen Daten von breiten Bevölkerungsschichten seitens der Chinesen gesammelt. In Australien werden die Adressen sämtlicher Politiker und der obersten Militäroffiziere überprüft. Die Militärdoktrin der ungehinderten Kriegführung scheint aufgegangen zu sein. Das Experiment kann beliebig wiederholt werden.

Isabel Villalon



Ihr Inserat

in der Schweizerzeit:

Nehmen Sie mit mir Kontakt auf. Jederzeit und unkompliziert.

Markus Rezzonico
Inserate-Akquise
SVP-Delegierter
AUNS-Mitglied

Mobile: 079 332 61 61
markus.rezzonico@dietschi.ch

«Beizen für Büezer»



Die Infizierungen sinken, die Spitäler vermeiden Entspannung. Trotzdem lässt Bundesrat Berset erneut sämtliche Gaststätten schliessen. Diejenigen, die gerne einmal auswärts essen, werden diese Massnahme überleben. Aber es gibt auch Frauen und Männer, die – auch im Winter – draussen arbeiten. Die in Pausen etwas Wärme suchen, mittags oder abends warm speisen möchten: Denen bleibt die Kälte im Freien. Sollen doch selber schauen...

Es gibt auch Berufschaffeuere, die Tag für Tag unterwegs sind. Ihnen werden Pausen gesetzlich verordnet. Sollen sie, denkt man sich wohl zu Bundesbern, doch in der Kälte stehen, im Regen, im Schneetreiben. Restaurants bleiben für sie verrammelt.

Es gibt aber auch Berufschaffeuere. Wo gehen die auf die Toilette? Darüber verliert das Gesundheitsministerium des dauernd daherschwadronierenden Herrn Alain Berset keinen Gedanken. Für Männer stehen am Strassenrand Bäume – aber für Frauen?

Jetzt hilft dem realitätsblinden Gesundheitsminister eine Frau auf die Sprünge: Die Obwaldner Nationalrätin Monika Rüeegg. Sie hat im Bundeshaus erlebt, wie Parlamentarier, die sich über Schliessungs-Vorschriften für das niedere Volk hinwegsetzen, das Restaurant im Parlamentsgebäude kurzerhand zur «Kantine» erklären, deren Öffnungszeiten an den Tagesablauf im Parlament auszurichten seien. Dort trinken und speisen die, die nicht wie das «gewöhnliche Volk» vor verschlossenen Restaurant-Türen stehen wollen.

Nationalrätin Monika Rüeegg verlangt nun mittels Petition, für solche Berufsleute, die auf Restaurants angewiesen sind, Gaststätten zu «Kantinen» zu erklären, wo es etwas Warmes gibt, wo akzeptable Toiletten benutzt werden können. Weil es wahrhaftig überfällig ist, dass die Ein- und Aussperrfunktionäre zu Bundesbern endlich zur Kenntnis nehmen, dass das Leben nicht bloss aus (oft willkürlich) formulierten Paragraphen besteht. Es gibt Menschen, die draussen, nicht in geheizten Funktionsbüros arbeiten müssen. Auch sie haben Bedürfnisse.

Wir bitten unsere Leserinnen und Leser, die von Nationalrätin Monika Rüeegg lancierte Petition – mitgetragen von der Aktion SOS-KMU, einer Gründung der «Schweizerzeit» – nachdrücklich und breit zu unterstützen:

www.beizen-für-büezer.ch

Ulrich Schlier

Spalte
rechts

STICHWORTE ZUR TAGESAKTUALITÄT

Funktionärsherrschaft

Dämmert es langsam? Klimarettung, Verkehrswende, Energiewende, Einwanderung? Na? Richtig, das alles dient vor allem diesem einen Zweck: Den produktiven Sektoren der Gesellschaft unsere Wahrheit, unsere Werte und unsere Weltdeutung überzustülpen und sie so weit wie möglich zu schwächen, damit niemand auf die Idee kommt, unseren Status infrage zu stellen. Mit dem Klimagetöse sorgen wir dafür, dass Eure Mobilität und Eure Lebensgewohnheiten immer teurer werden – und generieren nebenbei Einnahmen, mit denen wir unsere Machtbasis, den staatlich-medialen Komplex, weiter ausbauen können.

Wir setzen Euch Migranten vor die Nase, die Eure Lebensweise genauso verachten wie wir, die Euch Konkurrenz um Arbeit und Wohnraum machen, und die Ihr obendrein noch alimentieren müsst. Wir zerstören die sozialen Strukturen, in denen sich noch Reste von Bodenständigkeit, von muffiger Tradition und biederer Bürgerlichkeit erhalten haben. Ihr müsst einsehen, es gibt keine Sicherheit mehr für Euch in Eurer kleinen, behaglichen Welt. Das gilt auch für Eure Jobs. Dank «Verkehrswende», Fahrverboten und Grenzwerten (an dieser Stelle ein Dank an Brüssel) steht die Autoindustrie, ehemals eine heilige Kuh, Perle der Deutschland AG, Rückgrat ökonomischer Macht im Land, mit dem Rücken zur Wand. Sichere Arbeitsplätze gibt es in der Industrie bald nicht mehr, sondern nur noch beim Staat, also bei uns. Damit sollte allen klar sein: Wir sind es, die den Ton angeben.

Bisher klappt das ausgezeichnet. Rekordhohe Strompreise für Euch, EEG-Subventionen für uns. CO₂-Steuer für Euch, Kaufprämien für uns, Armutsrenten für

Versagen

Alain Berset behauptet, er wolle Leben schützen und dass die Virus-Mutationen seine Betriebschliessungen rechtfertigen. Dabei will er einfach von seinem eigenen Versagen ablenken: Zu wenig Masken, keine Schutzkonzepte in den Alters- und Pflegeheimen, obwohl dort mit Abstand die meisten Menschen mit oder an dem Virus sterben, keine Schnelltests fürs Personal. Zudem keine Grenzkontrollen und keine funktionierende Rückverfolgung (Tracing). Der Preis und die Umsetzung in den Kantonen interessieren ihn eigentlich nicht. Würde ein SVP-Bundesrat auf seinem Stuhl sitzen, müsste dieser schon längst gehen.

(Thomas Matter, Nationalrat, «In den Sämpfen von Bern», Episode 129, 14.01.2021)

Euch, Luxus pensionen für uns. Steigende Mieten für Euch, Vermögenszuwächse und Erbschaften für uns. Veröden Landstriche für Euch, boomende urbane Zentren für uns. Und das Beste daran: Niemand beklagt sich. Falls doch, haben wir vorgesorgt. Wir haben uns moralisch immunisiert und es damit geschafft, dass sich jeder verdächtig macht, der unsere politischen Ziele in Zweifel zieht.

(Roger Schelste, Politologe, achgut.com, 08.01.2021)

Sozialmissbrauch

Kleine Nachricht aus dem RAV – oder wie presst man die Sozialwerke aus. Aufgrund der Rückverfolgung müssen wir uns allgemein halten.

Da ist also ein «Meister» aus dem 27. Kanton; er rekrutiert als Angestellte nur «Fachleute» aus seinem Heimatland und lässt diese ein Jahr bei sich arbeiten. Manchmal auch weniger, dafür mit getürkten Papieren. Dann kündigt er ihnen und sie machen den Eilmarsch zum RAV. Maximal-Abschöpfung. Gleichzeitig arbeiten diese «Fachkräfte» schwarz weiter und, oh Wunder, nach einem Jahr hat «Meister Pinsel» plötzlich wieder Arbeit. Das Abzocken geht weiter. Aber das interessiert nicht beim Amt für Wirtschaft. Ermittlungen, systematische Kontrollen, Massnahmen? Fehlangeige. Sie kontrollieren dafür die Gesichtsmasken bei Handwerkerbetrieben und überprüfen, ob der Grillmeister am Jugendfest ein weisses Häubchen trägt. Arbeiten Sie noch?»

(Tis Hagmann, Büro Ha, Wochenbericht 04/21, 21.01.2021)

Schadensbilanz

Der Bundesrat – allen voran Gesundheitsvorsteher Alain Berset – scheint den Bezug zur Wirklichkeit komplett zu verlieren. Statt die Risikogruppen (rund sechs Prozent der Bevölkerung) zu schützen, für die das Corona-Virus eine lebensbedrohliche Gefahr darstellt, drangsaliert er die Mehrheit der Bevölkerung, die mit Schutzkonzepten arbeiten und leben könnte.

Obwohl die Zahlen schon lange vor den am 18. Dezember 2020 verfügten Verschärfungen sanken und immer noch sinken, verfügt der Bundesrat einen erneuten Lockdown. Damit zerstört er weiter Arbeitsplätze und die Lebensgrundlage von Familien, jungen Menschen und Selbständigen.

Die sozialen und wirtschaftlichen Schäden sind immens und nicht mehr zu rechtfertigen. Bundesrat Berset lenkt mit diesen drastischen Massnahmen von seinem eigenen Versagen ab. Damit verliert der Bundesrat auch den Rückhalt in der Bevölkerung.

(SVP Schweiz, 13.01.2021)

«Schweizerzeit»-Ratgeber

Isolation für Impfgegner?

von Hermann Lei, Kantonsrat, Frauenfeld

Den letzten Impfwang sah die Schweiz im Jahr 1886 für die Pockenimpfung. Ein Impfwang gegen das vergleichsweise harmlose Coronavirus wäre unzulässig – kommt er dennoch?



Kann ich zwangsgeimpft werden?

Grundsätzlich darf niemand gegen seinen Willen geimpft werden. Die Verabreichung eines Impfstoffes mit physischer Gewalt wäre absolut unzulässig. Unzulässig ist bereits eine Busse oder z.B. die Verweigerung einer Kinderzulage, wenn man sich nicht impfen lässt.

Ich arbeite im Gesundheitsbereich. Darf man mich zwingen, mich zu impfen?

Das Epidemienengesetz lässt ein Impfblogatorium für gewisse Berufe zu. Es bietet aber keine gesetzliche Grundlage, um das Gesundheitspersonal zur Impfung zu zwingen. Es wäre zum Schutz der Patienten dagegen denkbar, bei auftretenden Symptomen entweder eine Absonderung bzw. Quarantäne zu verfügen oder länger andauernde Massnahmen wie eine Einschränkung der Berufsausübung anzuordnen. Wenn das nicht möglich ist, so könnte – so die heutige Auffassung – dem impfunwilligen Personal gekündigt werden.

Kann mein Arbeitgeber mich zur Impfung gegen das «Mutanten-Virus» zwingen?

Begriffe wie «Mutanten-Virus» gehören ins Vokabular von staatshörigen Medien, sie haben keine rechtliche Bedeutung. Ihr Chef kann aber eine Impfung vorschreiben, wenn Sie durch Ihre Tätigkeit besonders «ansteckungsgefährlich» sind, z.B. in der Pflege oder bei der «Swiss». Zur Impfung zwingen darf ein Arbeitgeber Sie aber auch dann nicht. Er muss Ihnen vielmehr andere Arbeit anbieten. Ist dies nicht möglich, so können Sie ohne Lohn freigestellt werden. Ob eine Kündigung zulässig wäre, müsste ein Gericht klären.

Wie viel kostet die Impfung?

Die Impfung wird von der Krankenkasse übernommen. Die Impfung ist für die Bevölkerung also gratis. Gratis ist aber bekanntlich fast nichts auf der Welt, schon gar nicht die Krankenkasse. Die Impfkosten bezahlen wir also letztlich doch selber.

Wer haftet bei Impfschäden?

Der Impfstoffhersteller haftet für Produktmängel. Wer also Impfschäden erleidet, der kann die amerikanischen Pharmariesen, welche den Impfstoff produzieren, verklagen. Das ist auch in der Schweiz möglich. Allerdings darf man dabei keine Hilfe vom Bund erwarten, sondern steht alleine im Kampf gegen einen Milliardenkonzern.

Warum wird jede Impfung in einer Datenbank erfasst?

Das BAG hat über eine private Stiftung ein elektronisches Impfbüchlein eingeführt. Auf der Plattform kann das gelbe Impfbüchlein digitalisiert und die Daten können auf eine App hochgeladen werden. Das ist aber freiwillig. Das BAG nutzt die Daten, um die Durchimpfungsrate zu bestimmen. Ob das elektronische Impfbüchlein als Zutritt ins Stadion, Fitnesszentrum oder Flugzeug verwendet werden kann ist unsicher, da es nicht fälschungssicher ist.

Ist «Zutritt nur für Corona-Geimpfte» zulässig?

Das ist unklar. Ich bin der Meinung, dass auch Private nur dann jemanden von einer Dienstleistung ausschliessen dürfen, wenn die Fallzahlen hoch sind und ein erhöhtes Ansteckungsrisiko besteht. Dies könnte bei einem Discobesuch der Fall sein, nicht aber beim Besuch eines Geschäfts. Mit geeigneten Vorsichtsmassnahmen dürfte auch Nichtgeimpften der Restaurantbesuch nicht verwehrt werden. «Einschränkungen der Grundrechte» für Nichtgeimpfte, wie sie Deutschlands Aussenminister Maas von der SPD propagiert, mögen in Ländern mit wackliger demokratischer Tradition diskutabel sein. In gefestigten Rechtsstaaten haben sie nichts zu suchen.

Hermann Lei

Churz & Bündig

Dem Blödsinn sind keine Grenzen gesetzt. Die Samichlausperson kommt bestimmt. Und sie passt schön zu dem, was momentan jeder Einwohner mit der amtlichen Umfrage betreffend Haushalt etc. vom Bund zugeschickt bekommt. Dort findet man auf dem Formular bei der Frage nach der Letztausbildung das Wort «Lehrerseminar» nicht mehr. Es heisst jetzt «Lehrkräfteseminar». Dümmer geht's nimmer, heisst es im Volksmund. Stimmt leider nicht. Es geht immer noch idiotischer ...

H.-P. K.

Trotz Impfung könnten Lockerungen bezüglich der Einschränkungs-Massnahmen frühestens im Sommer erfolgen, lässt Bundesbern, lässt der Präsident der dortigen Impfkommision die Öffentlichkeit wissen. Endlich versteht man, weshalb die Logistiker an der Spitze des Bundes bezüglich Impfstoff-Einkauf so jämmerlich versagen. Viel lieber als Impfstoff einzukaufen, wollen sie ungestört vom Parlament weiterhin die Bevölkerung schikanieren.

us

Leserbriefe

Verhüllungsinitiative, nicht bloss «Burkaverbots»-Initiative!

Ich empfinde es als unwürdige Desinformation, dass ausgerechnet die NZZ, die sich bei jeder Gelegenheit des «Qualitätsjournalismus» rühmt, die Verhüllungsinitiative als blosses «Burkaverbot» bezeichnet. Hat es vielleicht damit zu tun, dass die NZZ als Satrap den verbissenen Kampf der FDP gegen alles unterstützt, was seitens der SVP stammt? Tatsache ist: Das Verhüllungsverbot bezweckt zweierlei: In unserer freien Gesellschaft zeigt man sein Gesicht. Kein Chaos darf sich unter einer Vermummung verstecken – und niemand darf sich mit einer Burka unkenntlich machen – weder freiwillig noch unter (religiösem) Zwang. Es geht um unsere Sicherheit und Freiheit.

Johannes Fischer, Stans/Chur

Corona: Wo bleibt der gesunde Menschenverstand?

Wenn ich beim Coiffeur bin, erhalte ich auf Wunsch einen Café oder Tee. Wenn ich in einer Confiserie mit Café bin, so bin ich gezwungen, mein Getränk im Kartonbecher mit nach draussen zu nehmen, bei jeder Witterung. So komme ich mir, auch weil ich meist die Toilette nicht benutzen darf, als schlecht behandelter, drittklassiger Kunde vor. Nähme man die Regeln des Bundesrates wörtlich, so könnte sich dieser ebenfalls nicht mehr in Corpore treffen, weil er aus sieben verschiedenen Familien stammt. Mit der Fünf-Personen-Regel inkl. Kinder hat der Bundesrat einfach etwas



Eurokommunismus?

Wie könnte ein Unternehmen langfristig planen, wenn es nicht wüsste, welche Gesetze in welchem Zeitraum noch rechtens sind? Die staatlich verordneten Richtlinien und laufend «dynamisch» ändernden Gesetze der EU erinnern an die Planwirtschaft des Kommunismus. Ist die EU der verkappte Weg zum Eurokommunismus? Unterstützen die linken Parteien deshalb das EU-Rahmenabkommen so vehement?

Eines ist klar: Das bewährte Wirtschaftssystem der Schweiz braucht keine Direktiven vom Staat und schon gar nicht von der EU. Unsere freie Wirtschaft funktioniert ohne solche bestens. Die Befürworter eines EU-Rahmenabkommens reden oft von «Rechtssicherheit». Ist das Sicherheit, wenn das Recht laufend geändert und fremdbestimmt wird und uns Sanktionen drohen? Die Sicherung des Wohlstandes ist zentraler Teil unserer Bundesverfassung. Wir brauchen uns also keinen fremden Gesetzen zu unterstellen. Was England diesbezüglich beim BREXIT erreicht hat, müssen auch wir durchsetzen.

Peter Schnyder, Ennenda

beschlossen, damit etwas beschlossen ist, wengleich der Realitätsbezug völlig fehlt! Statt einer starren Vorgabe wäre es doch – mit etwas gesundem Menschenverstand – viel naheliegender, die Leute würden sich vor einem Treffen vergewissern, dass alle Beteiligten gesund sind.

Marcus Stoercklé jun., Basel

Die Moralismus-Keule

Ein weiteres «-ismus»-Wort ist aktuell geworden: der Moralismus. Wer nicht in diesen Chor einstimmt, ist suspekt. Der Moralismus wird über alles gestellt. Selbst wissenschaftliche Fakten werden dem Moralismus untergeordnet – beispielsweise die ökonomische Tatsache, dass ein Sozialstaat bei offenen Grenzen ein Ding der Unmöglichkeit ist (Milton Friedman). Die «Moralisten» reden der unbegrenzten Immigration das Wort, um einen «sozialen Ausgleich» herbeizuführen. Sie nehmen damit in Kauf, dass die eigene Bevölkerung verarmt – offenbar ist das «moralisch». Eine weitere Ausprägung der Moralisten ist ihre Forderung, die Statuen vergangener «Sünder» und «Rassisten» zu entfernen. Sie halten über verdiente Vorfahren im Namen der «Moral» Gericht. Dies in der Überzeugung, dass sie es an Stelle der damaligen «Sünder» viel besser gemacht hätten.

Hans Steffen, Eglisau ZH

Wir haben eine natürliche Klimaveränderung

Je mehr CO₂ es auf der Erde hat, desto kälter wird es. Die von der Sonne ausgesandten Infrarotstrahlen werden vom CO₂ statt auf die Erde ins Weltall abgelenkt. Und weil nur die Infrarotstrahlen die Erde erwärmen, wird es somit kälter auf unserer Erde. In den letzten 100 Jahren ist es jedoch um 0,8° Celsius wärmer geworden, weil die Sonne aktiver war. Langsam geht nun aber die Aktivität der Sonne wieder zurück, und es könnte eine «Kleine Eiszeit» eintreten, meinen Wissenschaftler.

Die Klima-Alarmisten wollen aber natürlich beweisen, dass der Mensch an der Erwärmung schuld sei und dafür bezahlen müsse. Viele Medien, Journalisten und Politiker glauben blindlings den Alarmisten und machen den Leuten Angst wegen einzelnen Wetterkapriolen, die es schon immer gegeben hat. Tatsache ist: CO₂ ist ein sehr notwendiges Spurengas, das uns die Natur zu 97 Prozent liefert; der Mensch produziert nur etwa drei Prozent. An der natürlichen Klimaveränderung können wir Menschen nichts ändern.

Marc Ess, Schaffhausen

Gegensätze

Neulich an einem Nachmittag in Zürich-Altstetten. Während viele Einheimische wegen Corona von Existenzängsten geplagt werden, spazieren die «Flüchtlinge» sorglos umher und haben es lustig. Denn ihre Sozialhilfe wird pünktlich ausbezahlt und wird auch in der Krise nicht gekürzt. Die politisch korrekten Medien verschweigen diese Zustände.

Dudo Erny, Zug

Tschador auf – oder Knüppel drauf



Am 7. März 2021 stimmen wir über das Verhüllungsverbot ab. Um zu einem Entscheid zu gelangen, muss man fragen: «Warum wird den Musliminnen die Verhüllung unter Androhung von Gewalt aufgezwungen, wo liegt der tiefere Sinn?» Nach islamischer Definition soll so gewährleistet werden, dass die Frau durch ihre äussere Erscheinung keinem Mann und schon gar keinem Andersgläubigen Anlass gibt zu verpönte körperlicher Begierde. So stehe es im Koran. Tut es aber nicht, wie selbst islamische Religionsexperten bestätigen.

Also blickt man auf das erbarmungswürdige Bild einer Muslimin, die aufgrund männlichen Zwangs – in sommerlicher Bruthitze von Kopf bis Fuss verhüllt – aus kleinem Augenschlitz in die Welt schaut. Zweifelhaft, ob hier obskuren Begierden Remedur geschaffen wird. Viel wahrscheinlicher ist, dass dies als pures Machtinstrument zu weiblicher Unterdrückung im Raum steht.

Dem sollten wir am 7. März keinen Vorschub leisten. Schlimm genug, dass z. B. im Iran «Religionswächter» auf Motorrädern patrouillieren und Frauen ohne Kopftuch dro-

hen: «Tschador auf – oder Knüppel drauf!» Auch mal hier bei uns? Lieber nicht!

Fazit: Wir massen uns nicht an, gegenüber der muslimischen Welt Gebote zu erlassen, aber wir wollen, dass man die unseren hier im Lande befolgt – im Sinn von Art. 10 a: «Niemand darf sein Gesicht im öffentlichen Raum verhüllen.»

Woher kommt das Ganze? Der im Westen lebende Islam-Wissenschaftler Ahmad Milad Karimi deckt in erstaunlicher Offenheit auf, wo die Krux liegt: «Es ist ein historisches Faktum, dass politische Ideologen islamischer Prägung kaum adäquate theologische Ausbildung erfahren. Zumeist handelt es sich um Amateure mit mangelhafter intellektueller Anschauung und marginalem Verständnis der Mehrdeutigkeit islamischer Religionstradition.»

Da fühle ich mich doch glatt versetzt in eine hiesige Moschee, in der ein theologischer Amateur islamischer Prägung seine Hetztiraden gegen die westliche Welt loslässt, die ihm alle Narrenfreiheit gewährt. Diesen Weg wollen wir am 7. März nicht beschreiten. Darum JA zum Verhüllungsverbot.

Charly Pichler

pichler@thurweb.ch

Das rot-grüne Bern und die Demokratie

Wie in Moskau

Bei der Einreichung der Referendums-Unterschriften gegen das Covid-19-Gesetz am 12. Januar 2021 in der Bundeskanzlei wurden die Komitee-Mitglieder von der Polizei in skandalöser Weise schikaniert.

Die Einreichung eines Referendums ist in unserer direkten Demokratie ein grundlegender politischer Akt, für den gemäss Covid-19-Verordnung bis zu fünfzig Personen erlaubt sind. Den «Freunden der Verfassung» (Referendumskomitee) war der Aufenthalt auf der Bundesterrasse denn auch genehmigt worden.

Dass sie sich nicht wie andere obrigkeitgläubige Mitmenschen für das feierliche Foto mit den Unterschriftenkisten verhüllten, missfiel der Polizei. Bereits während des Fototermins wurden die anwesenden Unterschriftensammler von der Polizei umstellt. Noch während des Durchreichens der Unterschriftenboxen zu den Klängen unserer Nationalhymne und dem Abspielen des Bob Marley-Klassikers «Get Up, Stand Up» begann die Polizei, die anwesenden Komiteemitglieder zu behelligen – als hätte man es mit «hochgefährlichen Übeltätern» zu tun. Die aggressiv handelnden Polizisten zogen schliesslich die Identitätskarten der anwesenden Vereinsvorstände ein und drohten mit einer Strafanzeige. Wohlverstanden: Schweizer Bürgern, die ein Referendum einreichten, wurde mit einer Strafanzeige gedroht.

Aus Rücksicht auf nachfolgende Komitees hatten die Verfassungsfreunde den Kaffee, den sie bei der herrschenden Kälte reichlich verdient hatten, fünfzig Meter neben der Bundeskanzlei auf der Bundesterrasse vorbereitet. Nach zwei der vier geplanten Reden folgte die Durchsage der Polizei: «Gemäss Covid-19-Verordnung handelt es sich hier um eine illegale Ansammlung von mehr als fünfzehn Personen. Wer den Ort nicht in-ert einer Minute verlässt, muss mit einer Strafanzeige rechnen!»

Dass die irritierten Verfassungsfreunde nach einer Minute noch mit dem Abbauen beschäftigt waren, nutzte die Polizei dazu, zahlreiche Platzverweise auszustellen. Kurzfristig kamen negative Emotionen auf. Konsterniert mussten viele der fleissigsten Beschützer der direkten Demokratie ihre Personalien angeben. Natürlich trifft die Polizisten keine Schuld. Sie wurden von ihren Vorgesetzten instrumentalisiert und hatten vermutlich noch am Tag nach diesem Einsatz Mühe, in den Spiegel zu blicken.

Fazit: Der mündige Bürger vor dem Bundeshaus scheint für die mächtigen Damen und Herren hinter den dicken Mauern des Bundeshauses zum «Staatsfeind Nr. 1» geworden zu sein. Ein Skandal ohnegleichen!

Tis Hagmann, Schöftland AG

SVP: Fürsprecherin der Landschaft

Was wäre die Schweiz ohne SVP?

von Christoph Blocher, a. Nationalrat und a. Bundesrat

Nach der Berchtoldstags-Ansprache hat Christoph Blocher Corona-bedingt auch seine bereits 33. Albigütli-Rede am 15. Januar 2021 erstmals «online» gehalten. Wir drucken die kraftvolle Standortbestimmung am Jahresanfang hier in gekürzter Form ab.



Die SVP ist eine staatstragende Partei: Sie hat grossen Respekt für unsere schweizerischen demokratischen und freiheitlichen Institutionen. Aber heute werden – gerade jetzt in der Pandemiezeit – diese ehrenwerten Institutionen zur Seite geschoben. Gefragt ist fast grenzenloses, blindes Vertrauen in die Behörden.

Meine Damen und Herren, Vertrauen in die Institutionen ja, aber nicht blindes Vertrauen in die Personen, die in diesen Institutionen regieren. Wie viel Vertrauen und Respekt verdient denn eine Behörde, die – wie das Gesundheitsdepartement von Bundesrat Alain Berset – zu Pandemiebeginn das Tragen von Masken als zwecklos, ja gar als schädlich bezeichnete, um einige Monate später alle Bürger durch die Polizei verfolgen zu lassen, die keine Maske tragen. Absurder geht es nicht mehr!

Und warum dies alles? Weil unser enorm teures Gesundheitswesen in keiner Art und Weise auf die Pandemie vorbereitet war, dies aber nicht zugeben wollte. Sollen wir Leuten vertrauen, die über einen Mangel an Spitalbetten klagen, aber verschweigen, dass unsere Spitäler zu einem weit überdurchschnittlichen Teil von Migrant*innen belegt sind? Oder die nie zugeben würden, dass der anfänglich sehr hohe Befall der Grenzkantone Tessin, Genf, Waadt und Basel-Stadt etwas mit der Personenfreizügigkeit und der largen Asylpolitik zu tun hat. Meine Damen und Herren, wer hier schweigt, schadet der Demokratie und dem Land!

Was wäre die Schweiz ohne SVP?

Es ist des Bürgers und vor allem der gewählten Politiker höchste Pflicht, dafür zu sorgen, dass die Behörden ihre Aufträge erfüllen. Die Behörden sind die Knechte des Volkes – und nicht umgekehrt. In letzter Zeit lassen viele in der SVP den Kopf hängen und sagen, wir würden oft getadelt und geschunden oder gemieden. Vor allem junge, neue Politiker neigen zu dieser Klage. Sie wollen beliebt sein. Sie beginnen zu resignieren. Sie fürchten das schlechte Image! Oh, ihr gerne beliebten Politiker, hört auf, auf euer Image zu schauen. Nicht auf die Fassade kommt es an, sondern auf euer Engagement für Land und Volk!

So hat die SVP jetzt vierzig Jahre politisiert. Und haben wir damit keinen Erfolg? Ich lasse dazu unsere Gegner

sprechen: Der freisinnige Alt-Bundesrat Pascal Couchepin – ein langjähriger SVP-Hasser – klagte kürzlich, die SVP habe die Schweizer Politik mit ihren Forderungen «jahrelang vor sich hergetrieben». Ein grösseres Lob ist ja gar nicht möglich. Und der linksalternative frühere Nationalrat Josef Lang schreibt: «Einen derart spektakulären Aufstieg einer Partei, wie ihn die SVP zwischen 1992 und 2015 erlebt hat, hat es seit der Einführung des Proporz noch nie gegeben. Hatte sie 1991 lediglich 11,9 Prozent der Stimmen hinter sich, erreichte sie 2015 mit 29,4 Prozent fast das Dreifache.»

Ohne die SVP wäre die Schweiz verloren

Ja, fürwahr meine Damen und Herren, aber nicht Prozentanteile sind wichtig, sondern die politische Marschrichtung, welche die Schweiz dank der SVP eingeschlagen hat, oder die Fehlentwicklungen, die dank der SVP verhindert wurden. Wir müssen nicht lange suchen:

- Die SVP stellte die Gretchenfrage: Soll in der Schweiz die Schweiz oder soll uns das Ausland regieren? Hier darf in aller Bescheidenheit gesagt sein: Ohne SVP wäre es vor allem das Ausland und wären es nur Politiker in Bern und Brüssel – nicht wir Bürger – die das Zepter führen würden. Nur dank dem entschiedenen Widerstand der SVP und nur dank dem Nicht-Beitritt zum EWR ist die Schweiz heute nicht Mitglied der EU.
- Und was wäre heute mit dem Rahmenvertrag ohne die SVP? Nur dank unseres massiven Widerstandes ist dieser Kolonial- und Knebelvertrag, dieses institutionelle Abkommen mit der EU – verharmlosend als Rahmenvertrag bezeichnet – noch nicht abgesegnet. Auch weite Kreise ausserhalb der SVP bekämpfen jetzt diesen Landesverrat.

Drucker/Scanner/Kopierer

TOP-Geräte - Inserat nur in Schweizerzeit			Ihr Aufwand
	Rp. je Druck	VP normal	
Multifunktion farbig	7,0 / 1,0	1399.00	599.00
Drucker farbig	8,0 / 1,3	719.00	319.00
Multifunktion mono	0,8	1249.00	449.00
Drucker mono	1,1	729.00	329.00
Drucker mono	1,7	319.00	199.00

5 Jahre VorOrt-Garantie, nur für Firmen + Gemeinden
Solange Vorrat - Info: 041 799 50 00 - info@ocotex.ch

- Das Parlament musste auf Druck der SVP mit dem Einverständnis des Bundesrates beschliessen, der EU sei mitzuteilen, dass die Schweiz weder Mitglied der EU noch des Binnenmarktes werden will und dass das Beitritts-gesuch vom 6. Dezember 1992 als zurückgezogen gilt. Sie sehen: Ohne die SVP wäre die Schweiz verloren.
- Hier dürfen wir die Briten zum Vorbild nehmen. Sie haben beim Brexit-Vertrag mit der EU gewonnen – dank der Sturheit von Premier Johnson. Die Briten kennen in Zukunft keine dynamische Rechtsübernahme, keine fremden EU-Richter, keine Personenfreizügigkeit, keine Guillotineklausel und keine künftigen Straf-massnahmen. Sie bekommen einen Freihandelsvertrag, wie ihn die Schweiz schon seit 1973 kennt.

Wir SVPlers rufen dem Bundesrat zu: Seid stur, wenn es um die Verteidigung der Unabhängigkeit und um die Wahrung der schweizerischen Demokratie geht!

Wir wollen aber nicht zu lange bei den vielen Erfolgen der SVP verbleiben. Ich könnte Seiten füllen und vieles erwähnen. Ich könnte an die Abschaffung der Erbschaftssteuer für die Familienangehörigen erinnern, an die Asylrechtsverschärfungen dank der SVP, an die gewonnene Minarett-Initiative oder an die Verwerfung der «Staatskindervorlage». Ich könnte von der guten Arbeit von SVP-Regierungsleuten reden, beispielsweise von Bundespräsident Guy Parmelin und von Finanzminister Ueli Maurer.

Die SVP als Partei der Landschaft

Meine Damen und Herren, das Jahr 2020 war nicht nur das Jahr von Corona, sondern auch das Jahr eines immer tiefer klaffenden Grabens zwischen Stadt und Land. Unsere Medien, die in den Städten hocken und immer mehr am Staatstropf hängen, spotteten über den grossartigen Föderalismus und sprachen hochnäsiger von «Kantönligeist» und «Flickenteppich». Sie vergessen, dass die Schweiz von unten und nicht von oben aufgebaut wurde.

Der Föderalismus, dieser «Kantönligeist», passt den zahlreichen bürokratischen Zentralisten nicht mehr. Also versuchen sie, mit Noterlassen die Macht an sich zu ziehen. Leider lassen sich schwache Kantonsregierungen das gefallen. Und die früher charaktervollen föderalistischen Parteien – die katholische Volkspartei (KK) mit mächtigen Kantonalparteien – predigten in den letzten Jahren statt des Föderalismus die Urbanisierung als Wählerpotential und verloren damit nicht nur Wähler, sondern auch noch das Christentum in ihrem Namen. Und die zweite ehemals starke föderalistische Kraft, die welschen Liberalen, wurden im Bestreben, sich dem Sumpf der Mitte einzuverleiben, durch das Fusionsprodukt «FDP. Die Liberalen» aufgesogen. Hier ist die SVP neu gefragt.

Ein Blick auf 2020 genügt: Nur dank der Mehrheit der kleineren, politisch gesunden ländlichen Kantone wurde am 29. November die brandgefährliche, heuchlerische Unternehmensverantwortungsinitiative abgelehnt. Mit-ten in der Corona-Krise war eine knappe, von rot-grü-

nen Städten dominierte Volksmehrheit bereit, unsere bewährte Rechtsordnung umzukrempeln: Nicht die Schuld, die Unschuld müsse bewiesen werden. Wahrlich, ein weltfremder, radikaler Umsturz unseres bewährten Rechtssystems! Dass sich unser Land nicht dermassen selber geschwächt hat, verdanken wir einzig seinen vernünftig gebliebenen ländlichen Teilen. Doch schon verlangen die Verlierer, dass das Ständemehr – an dem sie gescheitert sind – aufgehoben werde.

Was ist zu tun?

Da ist die SVP aus anderem Holz geschnitzt. Wir lassen nicht zu, dass sich selbsternannte Besserwisser gegenüber dem Volkswillen als Despoten und Diktatoren auf-führen und willkürlich jene Volksentscheide und Verfassungsaufartikel nicht umsetzen, die ihnen nicht passen. Wir lassen nicht zu, dass die rot-grünen Neunmalklugen das Ständemehr abschaffen und damit das Bollwerk der Vernunft gegen ihre ruinöse Politik beseitigen. Und wir lassen nicht zu, dass die Linken in ihren Zentren den Verkehr und die Energie so verteuern, dass sie dem Land die Luft zum Atmen abschnüren und dass die Corona-Pandemie missbraucht wird, um unsere Marktwirtschaft zu beseitigen und eine linke Kommandowirtschaft zu installieren. Und schon gar nicht lassen wir zu, dass die EU mit einem Rahmenabkommen in unserem Land die Gesetze macht und die obersten Richter stellt.

Packen wir die Sache an! Für uns gilt das Wort des deutschen Arztes, Politikers und Dichters Friedrich Wilhelm Weber (1813–1894):

*«Vertrau auf Gott und eigne Kraft
Und nicht auf fremde Mächte;
Wer jeden Tag das Rechte schafft,
Der schafft im Jahr das Rechte.»*

Es lebe die Schweiz – in Freiheit und Sicherheit!

Christoph Blocher

Eidgenossenschaft

Wie ist denn einst der Diamant entstanden
Zu unzerstörlich alldurchdrungner Einheit,
Zu ungetrübter, strahlenheller Reinheit,
Gefestiget von unsichtbaren Banden?

Wenn aus der Völker Schwellen und Versanden
Ein neues sich zu einem Ganzen einreicht,
Wenn Freiheitslieb' zum Volke dann es einweicht,
Wo Gleichgesinnte ihre Heimat fanden:

Wer will da wohl noch rütteln dran und feilen?
Zu spät, ihr Herrn! Schon ist's ein Diamant,
Der nicht mehr ist zu trüben und zu teilen!

Und wenn, wie man im Edelstein erkennt,
Darin noch kleine dunkle Körper weilen,
So sind sie fest umschlossen und gebannt.

Gottfried Keller (1819–1890)

Damit die Wirtschafts-Erosion gestoppt wird

KMU-Vertreter in die Regierung!

Die «Schweizerzeit» im Gespräch mit Richard Aschberger

«Schweizerzeit»: Herr Aschberger, Sie sind KMU-Unternehmer. Was für einen Betrieb führen Sie?

Richard Aschberger: Ich führe in Grenchen die Firma Autobrill GmbH, spezialisiert auf Oberflächenbeschichtung und Oberflächenversiegelung vorab an Autos, aber auch an Booten und Flugzeugen. Autobrill ist heute zu neunzig Prozent exportorientiert. Die von uns entwickelten Techniken werden also weit über die Schweizergrenze hinaus geschätzt. Selbst Regierungen mehrerer Länder lassen ihre Staatsfahrzeuge von uns behandeln.

Wurde Ihr Betrieb von Corona stark getroffen?

In Form von Umsatzeinbusse nicht: 2020 war für uns ein gutes Jahr. Wir hatten gewisse, teils kostenintensive Umstellungen der Arbeitsabläufe vorzunehmen. Firmenführung und Fahrzeugbehandlung wurden räumlich strikt voneinander getrennt. So wurde niemand in der Firma zum Quarantänefall. Untersagt wurden uns Kundenevents, was die Werbung neuer Kunden beeinträchtigt.



RICHARD
ASCHBERGER

in den **Regierungsrat**

www.svp-so.ch/aschberger

Der Passwang-Club unterstützt Richard Aschberger, Regierungsratskandidat der SVP Kanton Solothurn.

Wie beurteilen Sie die politischen Anordnungen zu Corona, also die zeitweise Stilllegung ganzer Wirtschaftsbereiche?

Bern hat allzu oft willkürlich, sprunghaft, häufig gar widersprüchlich entschieden und informiert. Aus dem Handeln Bundesberns wurde kein «roter Faden» sichtbar. Die Medien und Beratungsorgane à la Task force nötigten den Bundesrat zum Erlass von Massnahmen, deren Begründung unklar blieb – oft einfach dem Ausland abgeschaut.

Schikanen statt Hilfe

Eine sorgfältige Lagebeurteilung fehlte; Schutzmassnahmen für die tatsächlich gefährdeten Senioren unterblieben. Schwer getroffen von den bundesrätlichen Anordnungen wurden einseitig die KMU-Betriebe. Diese hatten anfangs 2020 Reserven für vielleicht drei bis fünf Monate. Diese wurden im Frühling/Frühsummer 2020 weitgehend aufgebraucht. Für die zweite, auf 18. Januar 2021 angeordnete Stilllegung fehlten diese Reserven. So stehen viele KMU-Unternehmungen heute vor dem Aus.

Ärger weckt das Handeln der Bürokratie in Bund und Kantonen: Man legt Betriebe still – und investiert Millionen zur akribischen Überwachung der erlassenen Stilllegungs-Massnahmen. Man schikaniert KMU-Betriebe, obwohl diese enorme Anstrengungen zur sorgfältigen Einhaltung aller erlassenen Regeln leisteten. Angesteckt wurden in Läden und Gastrobetrieben kaum Leute. Im öffentlichen Verkehr – heilige Kuh der Staatsfunktionäre – weit mehr! Die Schikanen aber trafen die KMU-Unternehmer.

Die Milliarden fließen ...

Sorge bereitet, wie leichtfertig Abermillionen als Ersatz für keineswegs zwingende Stilllegungs-Massnahmen ausgegeben worden sind und werden. Die Politik verschweigt die Konsequenzen massloser Überschuldung. Drei bis fünf Generationen werden daran schwer zu tragen haben.

Solothurn hat heute nahezu zwei Milliarden Franken Schulden. Und niemand weiss, wie dieser enorme Schuldenberg abzutragen ist. Man lässt dafür zwar (teure) Studien von (teuren) Experten erarbeiten. Daraus resultieren aber höchstens vage Absichtserklärungen: Man wolle langfristig vorgehen – auf dass Jahr für Jahr die Ausrede präsentiert werden kann, aufgrund von «Dringlichem» habe der Schuldenabbau «leider» verschoben werden müssen.

Erosion der Wirtschaft

Wie wirkt sich finanzielle Sorglosigkeit auf die Wirtschaft aus?

Die beunruhigende, laufend auswuchernde Bürokratie bringt mit viel zu eng geschnürtem Vorschriften-Korsett Innovation im Kanton Solothurn zum Erliegen. Das vertreibt hiesige Startups. Sobald ein Startup in die Gewinnzone vordringt, hält es Umschau nach einem Standort, der weniger wirtschaftsfeindlich ist als der Kanton Solothurn. Viel zu viele ziehen weg, oft gar nach Übersee, weil in den USA wirtschaftlicher Aufbruch zu neuer Geschäftstätigkeit willkommen geheissen, nicht behindert wird. Dort lässt man gewinnträchtige Innovation aufblühen. Im Kanton Solothurn verdorrt sie. Selbstverschuldet!

Was ändern Sie?

Herr Aschberger, Sie kandidieren für den Solothurner Regierungsrat. Wofür setzen Sie sich ein, wenn Ihnen die Einsitznahme in die Regierung gelingt?

Zunächst: Die Wirtschaft benötigt nicht neue Programme. Die Wirtschaft ist zu entlasten. Man muss sie wirtschaften lassen. Um neuen Wind, Aufwind auszulösen, möchte ich einen Campus für Software-Startups ins Leben rufen. Wir haben erfahren, wie der Bund allen Firmen pauschal Homeoffice verordnet. Und was geschieht in der Bundesverwaltung? Sie wollte Beispiel sein – und verfügte den neuen Rekruten Homeoffice. Abgesehen von der Kuriosität dieser Anordnung: Am Starttag ist das Vorhaben bereits abgestürzt. Digitalisierung predigen und befehlen – das kann Bern. Aber einige tausend Rekruten an Lernprogramme anzuschliessen, das überfordert die Bundesbürokratie. Und gleichzeitig versagt sie im Corona-Impfprogramm kläglich – man hat vergessen, rechtzeitig zu bestellen...

Ich würde im Kanton Solothurn ein Ticketsystem einführen zu Bürgeranfragen. So wie das heute bei jedem grösseren Unternehmen mit Kundenkontakt Standard ist. Der Bürger bekäme Transparenz, ob seine Anfrage überhaupt bearbeitet wird und wo sie bearbeitet wird. Bei Nachfragen kann er sich direkt zur richtigen Person verbinden lassen – ohne sich x-mal weiterverbinden lassen zu müssen; Zeitverschwendung entfiel. Mein Ziel ist, dass jede Bürgeranfrage innert zweier Arbeitstage beantwortet wird. Wochenlanges Warten ohne zu wissen, ob überhaupt jemand die Anfrage gesehen hat, ist nicht länger akzeptabel. Und dann zeigt sich: Der Kanton Solothurn kann diese Idee heute nicht umsetzen. Er hinkt bezüglich Digitalisierung heutigen Standards hintennach...

Finanzpolitik

Wie begegnen Sie dem Loch im Staatshaushalt?

Vor allem: Die Schuldenbremse muss bleiben, ja, sie muss verstärkt werden. Schulden von heute sind Steuern von morgen. Die heutige Generation hat nicht das Recht, mit Ausgaben-Schlendrian den nachfolgenden Generationen jeden politischen Spielraum zu rauben. Wer ein finanzielles Desaster anrichtet, muss selber dafür geradestehen!

Im Kanton Solothurn ist die Staatsquote viel zu hoch. Der Staat schöpft soviel Geld von den Leistungsträgern ab, dass diesen die Leistungserbringung verleidet. Die Staatsquote muss runter. Verbindlich! Jahr für Jahr um ein halbes Prozent. Wer das verhindert, lähmt die Wirtschaft existenzbedrohend. Jeder, der Leistung erbringen möchte, kehrt einem solchen Kanton den Rücken.

Baubewilligung für Umbau der Hundehütte

Ein erlebtes Beispiel zur unsinnigen Vorschriftenflut: Eine Frau hat für Gefieder, das anderswo keinen Platz mehr hat, in ihrem Garten einen Hühnerhof errichtet. Eine ehemalige Hundehütte baute sie eigenhändig um in ein Nachtlager für ihre Hühner. Umgehend flatterte offizielle Post ins Haus: Der Hühner-Unterstand sei ohne Baubewilligung errichtet worden!

Ich frage dazu: In welchem Jahrhundert leben wir? Wo eine Obrigkeit ihre Kontrollbürokraten ausschwärmen lässt, um fehlende Bewilligungen für selbst gebastelte «Hühner-Notfall-Schlafstellen» aufzuspüren!

Solche Auswüchse überbordender Regularitis müssen verschwinden – lückenlos! Die Regierung muss Leistung und Wertschöpfung begünstigen und ermutigen, nicht abwürgen.

Kürzlich wurde das CO₂-Referendum mit sage und schreibe 115'000 Unterschriften eingereicht. Es stiess insbesondere bei Jungen auf überdurchschnittlich hohe Unterstützung. Wie bewerten Sie diese Tatsache?

Zunächst erstaunt sie mich. Man kann sie wohl nicht anders deuten, als dass insbesondere der jungen Generation die Fesselung durch gängelnde, übermässige Gebührenbelastung zum Hals heraus hängt: Freiheitsdurst wehrt sich gegen Funktionärshunger nach Gebühren. Das weckt Hoffnung.

Opfersymmetrie

Noch ein Schlusswort: Bezüglich Corona-Stillegungs-Verfügungen vermisste ich jede Opfersymmetrie. Die KMU-Betriebe wurden massiv belastet, viele in ihrer Existenz bedroht. Der öffentliche Sektor, all die Anordnungsfunktionäre erlebten gleichzeitig keinerlei Einschränkung. Das ist nicht akzeptabel. Wo bleibt die Solidarität der wohlbestallten staatlichen Funktionäre?

Ich fordere spürbaren Solidaritätsabzug an ihrem Jahressalar – zur steuerlichen Entlastung der unverschuldet schwer geschädigten KMU-Betriebe. Auf dass diese erhaltene Notkredite abtragen können, ohne auf Investitionen, die ihnen die Wettbewerbstauglichkeit erhalten sollen, verzichten zu müssen. Damit könnten viele überleben.

Herr Aschberger, herzlichen Dank für dieses Gespräch. Und «bonne chance» im Wahlkampf!

Das Gespräch mit dem Solothurner SVP-Regierungsratskandidaten Richard Aschberger führte Ulrich Schlier.

Staatssekretariat für Migration und Frontex:

Erfüllt euren Auftrag!

von Markus Melzl, ehem. Kriminalkommissar und Sprecher der Staatsanwaltschaft Basel-Stadt

Kürzlich gab Mario Gattiker, oberster Dienstherr vom Staatssekretariat für Migration, ein ausführliches und auch erhellendes Interview im «Blick». Gemäss seinen Aussagen gingen im vergangenen Jahr die Asylgesuche etwas zurück.



Gleichzeitig relativierte er diese positive Entwicklung umgehend mit der Begründung, dass wegen des Corona-bedingten wirtschaftlichen Abschwungs in vielen Regionen die Abwanderung zunehmen werde und die Schweiz erneut mit deutlich mehr Asylgesuchen rechnen müsse. Mit dieser Aussage bestätigt der höchste Schweizer Asylchef die immer

wieder in Abrede gestellte Beurteilung, dass ein erheblicher Teil der in unser Land geflüchteten Menschen eben keine Flüchtlinge, sondern Wirtschaftsmigranten sind. Offenbar rechnen Migrationsbehörden europaweit mit einem verstärkten Pandemie-bedingten Flüchtlingsstrom, und Mario Gattiker lobt nun die schweizerische Politik, welche auf beschleunigten Asylverfahren basiere mit dem Ziel, keine bevorzugte Destination für Migranten ohne echte Asylgründe zu sein.

Die Genfer Flüchtlingskonvention

Wenn Ihnen, liebe Schweizerzeit-Leser, bei solchen Bundesberner Verlautbarungen die Luft wegbleibt, dann ergeht Ihnen wie vielen anderen Bürgern unseres Landes. Ein Blick auf die Genfer Flüchtlingskonvention zeigt eindeutig, wer in der Schweiz ein Recht auf Asyl hat und wer nicht. Dabei sei den Verantwortlichen des Staatssekretariates für Migration wieder einmal in Erinnerung gerufen: Flüchtlinge im Sinne der Konvention sind ausschliesslich Menschen, die verfolgt werden wegen ihrer Rasse, Religion, Nationalität, ihrer Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder aus politischer Überzeugung. Diese Aufzählung ist abschliessend. Und es wird zudem explizit

festgehalten, dass Naturkatastrophen und Umweltveränderungen ausserhalb des Schutzes durch die Genfer Flüchtlingskonvention stehen. Die «Klimaflüchtlinge» sind ein Produkt verblendeter Klimajünger.

Jetzt ist es natürlich in der Schweiz nicht so, dass abgelehnte Asylbewerber zügig unser Land verlassen müssen. Vielmehr kann auf den Vollzug der Wegweisung aus völkerrechtlichen, humanitären oder vollzugstechnischen Gründen verzichtet werden – man nennt dies verklausuliert «vorläufige Aufnahme». Schlussendlich kann die Dauer dieser «Vorläufigkeit» ein ganzes Menschenleben dauern.

Der Auftrag von Frontex

Nun zu den Vorwürfen an die Adresse der EU-Grenzschutzagentur Frontex. Dieser wird von gewissen Kreisen illegale «Pushbacks» vorgeworfen, also die Zurückdrängung von Flüchtlingen, und dies aktuell aus griechischen Hoheitsgewässern. Wer Frontex solchermaßen verurteilt, hat das Prinzip Frontex nicht verstanden. Frontex ist die Europäische Agentur für die Grenz- und Küstenwache mit dem Auftrag, die Schengen-Aussengrenze zu schützen und den illegalen Eintritt in den EU- und Schengen-Raum zu verunmöglichen. Frontex ist eine operationell tätige Grenzschutzorganisation als Kompensation zum Wegfall der Grenzen innerhalb des Schengen-Raums, zu der auch ein schweizerisches Kontingent zählt.

Der Irrsinn eines allfälligen Paradigmenwechsels könnte dann wie folgt aussehen: Ein Klima- oder Coronaflüchtling wird von Frontex irgendwo auf dem Meer aufgegriffen und darf entgegen dem klaren Auftrag in die EU bzw. in den Schengen-Raum einreisen. Unser «Flüchtling» entscheidet sich für die Schweiz und durchläuft hier das Asylverfahren. Weil keine Asylgründe vorliegen, wird sein Antrag abgelehnt, bleiben darf er aber dennoch. Nur sein Status wechselt neu zu «vorläufig Aufgenommener».

Er wird mit hoher Wahrscheinlichkeit die Schweiz nie mehr verlassen, ausser vielleicht für illegale aber meistens tolerierte Verwandtenbesuch in seinem Herkunftsland. Zudem wird er voraussichtlich dauernd von der Sozialhilfe abhängig bleiben – zulasten des Bundes und später zulasten seiner Wohngemeinde. Frontex ist weder eine vorgelagerte oder im Meer schwimmende Asylantragsstelle noch eine staatlich subventionierte Schlepperorganisation.

Markus Melzl



ZANETTI
CH-7742 POSCHIAVO

Telefon 081 844 09 08
Telefax 081 844 10 20
Mail: info@zanettispecialita.ch
www.zanettispecialita.ch

Filiale Bahnhof Chur
(nur 1 Minute vom
Billettschalter entfernt)
Telefon 081 253 60 60

Wer Bundesräte zum Vergleich zwischen dem von der Landesregierung angestrebten EU-Rahmenvertrag mit dem von Grossbritannien erreichten Brexit auffordert, wird unwirsch abgefertigt: Da gebe es nichts zu vergleichen. Stimmt das auch?

Gleiche Zielsetzung

Beide Verträge – der Brexit für Grossbritannien, der Rahmenvertrag für die Schweiz – sollen für beide Länder «geregelte Verhältnisse» im Verkehr mit Brüssel herbeiführen. Weshalb darf man diese Verträge, wenn doch beide das gleiche Ziel verfolgen, nicht miteinander vergleichen? Befürchtet der Bundesrat, dass seine Verhandlungsstrategie gegenüber Brüssel durchfallen könnte, sobald man sie mit dem Verhandlungserfolg Boris Johnsons vergleichen würde?

Der Bundesrat nimmt zum von ihm angestrebten Rahmenvertrag alle dazu von der EU aufgestellten Forderungen scheinbar lückenlos an. Und er erklärt sie als nicht veränderbare Voraussetzung dafür, dass die Schweiz ihren Zugang zum EU-Binnenmarkt behalten könne.

Akzent

Boris Johnson setzte demgegenüber den Standpunkt durch, dass er auf einen Vertrag verzichten würde, wenn Grossbritannien im Brexit nicht die volle Souveränität als eigenständiger Staat zurückgegeben würde. Damit setzte er sich gegen Brüssel durch.

Dank Brexit begegnet Grossbritannien der EU heute wieder als souveräner, allein seine Interessen im Dienst der Briten wahrnehmender Staat. Werden zwischen London und Brüssel Probleme identifiziert, die im Interesse beider vertraglich geregelt werden könnten, dann verhandelt London heute als vollumfänglich eigenständiger Staat, der – sollte keine befriedigende Lösung gefunden werden – in aller Freiheit auch Nein sagen kann – ohne dass die Gegenseite zu Retorsionsmassnahmen berechtigt ist.

Gegensätzliche Strategien

Im Gegensatz dazu will der Bundesrat im Rahmenvertrag der EU das Recht einräumen, von der Schweiz die zwingende Übernahme all jener EU-Beschlüsse zu verlangen, die Brüssel als wichtig, als «binnenmarktrelevant» einstuft. Gehorcht die Schweiz solcher Brüsseler Vorgabe nicht, hat die EU das ihr von der Schweiz zugestandene Recht, Sanktionen, also Strafmassnahmen gegen unser Land zu erlassen. Da verliert die Schweiz massiv an Souveränität.

Nach der mit dem Brexit erreichten Rückgewinnung seiner Souveränität untersteht Grossbritannien fortan nicht mehr dem EU-Gerichtshof. Britisches Recht, formuliert in London, ist weder durch Brüssel noch durch Luxemburg anfechtbar.

Der Schweizer Bundesrat aber will die Schweiz mit dem Rahmenvertrag neu und verbindlich dem EU-Ge-

richtshof unterstellen – fremde Richter, die berechtigt wären, fremdes Recht durchzusetzen, stünden über den in der Schweiz demokratisch geschaffenen Regeln.

Grossbritannien ist dank Boris Johnsons Brexit-Erfolg nicht mehr an die EU-Personenfreizügigkeit gefesselt; es entscheidet wieder eigenständig und souverän, wer in welcher Zahl nach England einwandern darf und wer nicht.

Die Schweiz dagegen soll, wenn der Bundesrat den Rahmenvertrag durchsetzen kann, endgültig der EU-Personenfreizügigkeit unterstellt werden. Hinzunehmen wäre dabei auch die Gleichstellung aller EU-Einwanderer bezüglich ihrer Ansprüche an die Schweizer Sozialwerke – auch wenn sie zu deren Finanzierung (fast) nichts beigetragen haben.

Zwei Verträge

Im Rahmen des Brexit-Freihandelsvertrags steht Grossbritannien Brüssel heute in allen Fragen der Wirtschaftsbeziehungen wieder auf Augenhöhe gegenüber.

Das vom Bundesrat angestrebte Rahmenabkommen verpflichtet hingegen die Schweiz, Erlasse der Brüsseler Bürokratie ohne jedes Mitbestimmungsrecht sog. «dynamisch» zu übernehmen – an allen politischen Rechten der Schweizerinnen und Schweizer vorbei.

Bilanz

Der Vergleich der beiden Verträge legt insbesondere die gegensätzlichen Verhandlungsstrategien Boris Johnsons und des Schweizer Bundesrats offen:

Boris Johnson ist mit dem Brexit ein Befreiungsschlag gelungen. Mit dem Ja zum Brexit der Briten im Rücken und dem bis Verhandlungsabschluss konsequent durchgehaltenen Standpunkt, auf einen Vertrag zu verzichten, wenn Grossbritannien nicht seine volle Souveränität zurückgegeben werde, vermochte Johnson Grossbritannien der Umklammerung durch die Brüsseler Bürokratie zu entziehen.

Der Schweizer Bundesrat wählte im Gegensatz zum Vorgehen Johnsons (dem er während Monaten «voraussehbare Resultatlosigkeit» unterschob) eine Verhandlungsstrategie, welche die Schweiz mit dem Rahmenvertrag dem Machtapparat der EU unterwerfen soll. Souveränität wird nicht bewahrt – vielmehr preisgegeben. Anders, behauptet Bundesbern, sei der Schweiz der Zugang zum EU-Binnenmarkt nicht garantiert. Aus dieser Haltung heraus ist der Bundesrat zum Ausverkauf der Direkten Demokratie, unseres föderalistischen Staatsaufbaus und der Volkssouveränität bereit.

London errang mit dem Brexit Freiheit. Bundesbern beabsichtigt mit dem Rahmenvertrag die Unterwerfung der Schweiz unter Brüssels Machtzentrale. Das ist das Vergleichsergebnis. Es illustriert eindrücklich, warum sechs von sieben Bundesräten den Vergleich scheuen.

Ein New Deal ist ein Muss

Die USA in der Dekadenz?

von Beat Kappeler, Dr. h.c., Ökonom und Buchautor, Hinterkappelen BE

Die amerikanische Gesellschaft integriert nicht mehr, sie desintegriert. Daran sind viele Imperien zugrunde gegangen.



Die USA weisen heute Merkmale der Dekadenz auf, welche von Historikern für den Untergang oder den Machtverlust früherer Imperien als massgeblich betrachtet wurden. Das Urteil der Geschichte steht noch aus, doch die Zeichen zu beachten kann heilsam sein – auch für die USA selbst, deren Heilung eigentlich im Interesse aller, zuvorderst Europas, liegt.

Demographische und wirtschaftliche Probleme

In den USA steigt die Sterblichkeit der Männer an, die Kinder- und Müttersterblichkeit ist deutlich höher als in anderen entwickelten Staaten. Die Sterblichkeit der Männer der weissen Unterschicht lag 1999 unter jener der Schwarzen, heute liegt sie klar darüber. Alle diese demographischen Zeichen fassen, synthetisch, viele andere Fakten zusammen: die Gesundheitsversorgung breiter Schichten, die Versicherung dazu, die Armut, den Bildungsstand, den Drogen- und Medikamentenmissbrauch, den Alkoholismus. Die Studien, die Statistiken dazu sind bekannt und weisen alle in die gleiche Richtung: zunehmend. Der französische Demograph und Historiker Emmanuel Todd hat 1976 («La chute finale») den Untergang der Sowjetunion wegen zunehmender Sterblichkeitsraten vorausgesagt. Seither stellte er viele andere Verläufe der Dekadenz auf, unter anderem auch für die USA.

Mit der Demographie teilweise verbunden folgt eine wirtschaftlich bedenkliche Entwicklung. Seit dem Jahr 2000 fielen die aktiv Beschäftigten um 11 Millionen Personen, obwohl die Gesamtbevölkerung zunahm, und nicht nur die Älteren. Deshalb fiel die Erwerbsquote, also der Anteil der Arbeitenden unter den 16- bis 64-Jährigen, auf noch 63 Prozent. Die Schweiz und Norwegen zeigen Erwerbsbeteiligungen von 84 Prozent, Deutschland von knapp 80 und Österreich von 77 Prozent. Das sind Welten an Unterschied, denn mit 80 Prozent Erwerbstätigen gibt es vier Aktive, die eine inaktive Person, privat oder über Sozialversicherungen, durchtragen, bei 63 Prozent aber müssen zwei Aktive für eine inaktive Person sorgen.

Der Arbeitsmarkt hat seine integrierende Funktion verloren

Diese Zahlen aus dem US-Arbeitsmarkt sind eine ganz schlechte Nachricht – der Arbeitsmarkt hat seine integrierende Funktion verloren. Zudem sind offensichtlich

Machtwechsel in den USA

us / Zu Washington schwelgt die *Classe politique* im Erfolg, ihren politischen Hauptgegner – mit immerhin über siebzig Millionen Wählern im Rücken – aus der Macht verdrängt zu haben.

Mit ihrer im Kongress gewonnenen Mehrheit verbeissen sie sich ins Vorhaben, den verhassten Gegner für alle Zeit mundtot zu machen. Von allen linken Medien rund um den Erdball werden sie dafür überschäumend gefeiert.

Zumindest ein in wirtschaftspolitischen Fragen wie kaum ein anderer bewandeter Publizist, Beat Kappeler, macht im Chor der Euphoriker nicht mit. Um so gründlicher handelt er all jene Probleme ab, welche die weltumspannend beklagte «Spaltung der USA» bewirkt haben. Beat Kappeler hat unserer Redaktion das Recht eingeräumt, seinen für das «Austrian Institute for Economics and Social Philosophy» verfassten Essay auch den Lesern der «Schweizerzeit» zu vermitteln.

viele Einwohner im erwerbsfähigen Alter gar nicht erwerbsfähig – die Opioid-Seuche, massives Übergewicht, krass mangelnde Bildung infolge oft schlechter öffentlicher Schulen, häufigen Schulabbruchs und des Kampfes der Lehrgewerkschaft gegen öffentliche Charter Schools, sowie das bedauerliche Defizit an Berufsbildung sind die Ursachen. Die letzte Zahlengruppe muss gar nicht erst im Detail ausgebreitet werden, es ist aus zahllosen Erhebungen bekannt, wie die Reichen, und zwar die reichsten Reichen, immer reicher werden, wie grosse Teile der ehemaligen Mittelschicht abgestürzt sind, und wie aussichtslos die Unterschicht den «American Dream» des Aufstiegs verpasst. Der Schluss ist der Gleiche wie im Arbeitsmarkt: Die amerikanische Gesellschaft integriert nicht mehr, sie desintegriert. Damit kommen wir auf die historische Analyse – viele Imperien sind zugrunde gegangen, wenn sie grosse Teile der Einwohner nicht mehr beteiligten.

Warum Nationen scheitern

Das ist das Thema der Autoren Daron Acemoglu und James Robinson («Warum Nationen scheitern») – nur «inclusive nations» haben Bestand. Die Spannungen zwischen oben und unten entluden sich sonst in Revolutionen, oder – in den USA heute – in einem Abfallen der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit. Man kauft in Asien und bezahlt mit Dollarpapieren. Dieses Papiergeld streift ein anderes Dekadenz-Merkmal, wie die

Autoren Glenn Hubbard und Tim Kane es vorbringen in «Balance. The Economics of Great Powers». Ein wesentlicher Anstoss zum Verfall waren immer die Staatsausgaben und die Staatsschulden, die aus dem Ruder liefen. Das ist nun in den USA markant der Fall. Ende des Budgetjahrs im September 2020 wurden 55 Prozent der Bundesaussgaben von der Notenpresse «finanziert», indem der Staat riesige Ankurbelungen ausgab, die Notenbank diese aufkauft und das Geld dazu druckt. Bereits winselt die Wall Street würdelos um neue «Stimuli», und die Demokraten werden nur allzu gerne willfahren. Man spricht von erneuten 1'000 Milliarden schuldenfinanzierten Ausgaben.

Im bisherigen Paket war auch erstmals in der westlichen Welt ein bedingungsloses Einkommen von 1200 Dollar gestreut worden. Aus liberaler Sicht sind alle Dämme gebrochen. Ausserdem geben alle Ökonomen (ausser jene der Notenbank) zu, dass die Geldsause seit der Finanzkrise erstens die privaten wie öffentlichen Schulden zu vervielfachen erlaubte und dass die damit auch verursachte Kursexplosion der Aktien und Obligationen massgeblich die Vermögensverteilung verzerrte.

Leistungsfähigkeit beeinträchtigt

Auch die künftige Leistungsfähigkeit der US-Firmen ist endgültig beeinträchtigt, wenn gemäss der Agentur Bloomberg nun die Zombie-Firmen schon ein Fünftel der börsenkotierten Firmen ausmachen. Das Kriterium dafür: Ihr Bruttogewinn reicht nicht einmal mehr für die Zinszahlungen. Nur ein Weiterwälzen der Kreditsause kann sie auf den Märkten halten, trotz offensichtlicher Ineffizienz. Das alles heisst: Die US-Notenbank kann nicht mehr aufhören, Geld zu drucken, sonst droht der Ruin dieser Firmen, der sofortige Ruin des Staates, der Crash der Börse. Die irgendwann daraus möglicherweise entstehende Inflation, entsprechend steigende Importpreise und schliesslich ein steigendes allgemeines Preisniveau müssten ausserdem den Dollarkurs fallen lassen. Dies wiederum könnte mit der Zeit die Fundamente des Imperiums erschüttern – das Clearing.

Allabendlich saldieren die grossen Banken der Welt in New York ihre Transaktionen. Wer davon ausgeschlossen wird – wegen eines Verstosses, wegen Sanktionen – kann den Konkurs anmelden. Dies stützt die Macht der USA in der Welt. Wenn das Clearing nach Europa oder Asien abwandert, bedeutet dies das Ende der Macht. Qualitative, weniger zu quantifizierende Beobachtungen kommen schliesslich dazu. Alles wird vor Gerichten ausgetragen, eine Klagewirtschaft ohnegleichen beherrscht die Entscheide von Firmen und Privaten. Der Historiker Niall Ferguson sieht den Übergang von der «rule of law» zur «rule of lawyers» vollzogen. Die US-Gerichte sprechen nicht nur Wiedergutmachung von Schäden aus, was normal ist, sondern «Schmerzensgelder» («tort justice») in Phantasiehöhen, und die Anwälte dürfen die Hälfte davon selbst behalten. Die Unterschicht ist in Gefängnissen massiv übervertreten, weil kumulative Urteile gesprochen werden.

Gefährliche Privilegien

Ebenfalls gegen «inclusion», gegen den «American Dream» läuft die privilegierte Aufnahme der Kinder ehemaliger Absolventen und der Angestellten der Elite-Universitäten. Ebenso diskriminierend wirken die entsetzlichen Kosten, die zu ebenso entsetzlichen, jahrelang abzutragenden Studienschulden führen. Die Demokraten diskutieren im Moment deren Streichung, aber nicht einen freien Zugang zur Bildung wie in Europa. Die Demokraten haben auch nichts gegen die Verrechtlichung, gegen die Klagewirtschaft unternommen, nichts gegen die kumulativen Verurteilungen. Ihre Unterlassungen kombinieren sich mit den Vorteilen, welche die Republikaner den Reichen zuschanzen – zum Nachteil der USA.

Den Reichen nützt auch die Wettbewerbsbehörde, welche die Grossen stützt und von den Demokraten unbehelligt bleibt. Denn wie die junge Juristin Lina Khan 2017 in einem viel beachteten Aufsatz analysierte, lassen die «Wettbewerbshüter» alle Fusionen und Konzentrationen durch, wenn nur die Produkte billiger werden. Sie verteidigen nicht die Vielfalt der Marktteilnehmer und akzeptieren damit das Ende der gewerblichen Mittelklasse, etwa durch Amazon.

Die USA brauchen einen New Deal

Die vermachteten Fast-Monopolisten aller «Märkte» kosten wegen der gegenüber Europa höheren Preise und Gebühren jeden Mittelschicht-Haushalt um die 5'000 Dollar im Jahr, schätzt Thomas Philippon von der New York University. Kurz, die USA brauchen für ihre eigene Nachhaltigkeit an Macht und Wohlstand einen New Deal, aber nicht mit einfach noch mehr Staatsinterventionen und Umverteilung wie seit 1934. Ruiniert ist der Staat nun schon, er überlebt nur noch dank der globalen Dollarvormacht. Nötig sind neue Regeln im Schulwesen, Strafrecht und Wettbewerbsrecht. Nötig ist ein Ende der Geldverteilung an die Reichen via Notenbank und Druckerpresse, einer entsprechend blasengetriebenen Börse und hochgetriebener Aktienkurse. Nur das kann noch helfen.

Beat Kappeler

Churz & Bündig

Bundesrätin Karin Keller-Sutter pflegt abzuwiegen: Wer aus der EU in die Schweiz komme, könne hier nur arbeiten, wenn er über einen gültigen Arbeitsvertrag verfüge. In der vom Bundesrat als «Information zur Personenfreizügigkeit» (Untertitel) abgegebenen Orientierungsschrift unter dem Titel «EU-Bürgerinnen und -Bürger in der Schweiz» steht allerdings zur Frage «Brauche ich in der Schweiz eine Arbeits- und Aufenthaltsbewilligung?» Folgendes: «Staatsangehörige der EU/EFTA-Staaten benötigen keine Arbeitsbewilligung».

Was gilt jetzt, Frau Justizministerin?

us

Darum stimmen wir am 7. März 2021 ...

... Ja zum Verhüllungsverbot (Teil 2)

Das Verhüllungsverbot trägt der Tatsache Rechnung, dass der Islam im Grunde genommen keine Religion ist, sondern ein Staatssystem mit totalitären Zügen. Dieses bestimmt den ganzen Menschen und diktiert dem Muslim genaue Verhaltensregeln, deren Bruch drastische Strafen bis zur Todesstrafe zur Folge haben kann. Unter der Fahne Allahs gibt es sehr viele Fanatiker, die alles Westlich-Freiheitliche bzw. die «Ungläubigen» bekämpfen und auch vor Terror nicht zurückschrecken. Das Verhüllungsverbot bringt mehr Sicherheit vor solchen Fanatikern (und ebenso vor vermummten Chaoten) und schützt die Rechte muslimischer Frauen.

Freie Menschen blicken einander ins Gesicht, wenn sie miteinander sprechen. Kein freier Mensch verhüllt sein Gesicht. Niemand darf in der Schweiz, dem Land der Freiheit, gezwungen werden, sein Gesicht zu verhüllen. Die Demokratie, getragen von gleichberechtigten Staatsbürgern, lebt vom Dialog, vom friedlichen Wettbewerb der Argumente.

Gebot der Gleichstellung

Dass Frauen ebenso wie Männer in der Öffentlichkeit ihr ganzes Angesicht jederzeit zeigen, ist auch ein Gebot elementarer Gleichberechtigung. In westlichen Demokratien, in denen sich längst die geschlechtliche Gleichberechtigung durchgesetzt hat, bewegen sich die Menschen frei und zeigen ihr Gesicht unverhüllt. Die von Befürwortern geäusserten Beteuerungen, die Frauen empfinden die freiwillige oder von Männern erzwungene Verhüllung als Wohltat, weil sie dadurch vor Männerblicken geschützt würden, ist eine wahrheitswidrige Schutzbehauptung, die auf mittelalterlichen Vorstellungen beruht. Dass viele Frauen, die zur Gesichtsverhüllung gezwungen werden, sich unter Inkaufnahme grosser Opfer dagegen wehren, straft diesen Behauptungen Lügen.

Burka und Niqab sind keine «normalen Kleidungsstücke» wie Hosen, Röcke oder Pullover, die man aus modischen oder praktischen Gründen anzieht. Sie sind veritable «Stoffgefängnisse», die es Frauen absprechen, in unserer Gesellschaft gleichberechtigt zu leben. Ein Verbot der Gesichtsverhüllung «staatlich verordneten Kleidervorschriften» gleichzusetzen, ist deshalb realitätsfern. Ein Verhüllungsverbot ist keine Kleidervorschrift; vielmehr befreit es Frauen von Erniedrigung und Unterdrückung.

Verschleierungszwang

Wie klingen die in oberflächlichen Liberalismus getränkten Plädoyers für das Recht auf Verschleierung wohl für die Frauen in Saudi-Arabien oder Iran? Wer sich dort vom Verschleierungszwang befreien will, ris-

kiert Gefängnis und Folter. Auf Burka und Niqab zu bestehen, ist also das Gegenteil von dem, was man als Selbstbestimmung bezeichnen kann. Die saudi-arabische Frauenrechtlerin und Bloggerin Eman Al Nafja sagt dazu: «Für jede Frau, die aus freien Stücken den Gesichtsschleier wählt, gibt es (...) Tausende, die vom religiösen Establishment, der Familie und der Gesellschaft unter Druck gesetzt werden, ihr Gesicht zu bedecken. Was sollen wir nun opfern? Die eine Frau, die es dadurch schafft, Allah näher zu sein, oder die Tausenden anderen, damit die erste eine freie Wahl hat?»

Im Koran, der heiligen Schrift des Islam, findet man keine explizite Aufforderung, dass Frauen ihren Körper verhüllen sollen. Nur in einzelnen von tausenden Suren ist die Rede davon, sich zum eigenen Schutz «züchtig zu kleiden» und keine begehrliehen Blicke von Männern auf sich zu ziehen: «O Prophet! Sprich zu deinen Ehefrauen und Töchtern und zu den Frauen der Gläubigen, sie sollen ihre Gewänder tief über sich ziehen. So ist es am ehesten gewährleistet, dass sie erkannt und nicht belästigt werden.» (Sure 33,59)

(Fortsetzung folgt)

Abstimmungskomitee «Ja zum Verhüllungsverbot»
c/o Egerkinger Komitee, 6000 Luzern
www.verhuellungsverbot.ch, info@verhuellungsverbot.ch



Der SZ-Leser Aschi Haller hat aus seinem Auto ein «Verhüllungsverbots-Mobil» gemacht.

Wäre das auch etwas für Sie? Interessierte melden sich bitte unter info@verhuellungsverbot.ch

Rassismus?

Unzensuriert



Yvonne Feri ist Nationalrätin der SP und Präsidentin der Stiftung Kinderschutz Schweiz. Früher war sie Stiftungsrätin des Hilfswerks «Swissaid». Kurz: Yvonne Feri gehört zu den «Guten».

Am vergangenen Freitag verhielt sich die gute Yvonne Feri aber in den Augen von nicht wenigen politisch-korrekten Bessermenschen als Rassistin. «Inakzeptabel» taxiert Stefanie Boulila, Dozentin an der Hochschule Luzern, Feris Verhalten. Nora Refaeil, Vizepräsidentin der Eidgenössischen Kommission gegen Rassismus, übt sich in therapeutischer Belehrung: «Wichtig ist, dass Frau Feri sich eingesteht, dass sie eine stereotype Bemerkung gemacht hat.»

Welchen rassistischen Eklat hat sich die SP-Nationalrätin denn geleistet? Am Ende der letzten «Arena» im Schweizer Fernsehen antwortete Feri auf die Frage, welches Lied sie der neuen US-Vizepräsidentin Kamala Harris zum Herunterfahren empfehlen würde, wie folgt: Sie sei überzeugt, dass «Kamala Harris sowieso tanzt. Sie ist eine dunkelhäutige Person und kommt ursprünglich aus Hawaii – dort hat man ja diesen Rhythmus.»

Selbstverständlich ist die Aussage falsch. Harris' Vater stammt aus Jamaika und nicht aus Hawaii. Yvonne

Feri hat in ihrer Aussage mit Stereotypen gearbeitet, nämlich, dass dunkelhäutige Menschen gut tanzen können. Die Aussage war lustig gemeint und durchaus positiv. Daraus nun ein Rassismusproblem zu machen, zeigt anschaulich die Abgründe der aktuellen politischen Korrektheit. Klischee und Rassismus werden gleichgestellt, im Negativen wie im Positiven.

Ein solcher Massstab – er gilt freilich immer nur bei Minderheiten – raubt einer Gesellschaft nicht nur Raum für Humor und Charme, es gehen auch die nötigen Proportionen verloren: Brandanschläge auf ein Asylzentrum und etwas ungeschickt formulierte Stereotypisierungen sind nicht dasselbe, sie sollten auch nicht mit demselben Begriff bezeichnet und gebrandmarkt werden. Die Verwässerung des Begriffs Rassismus, ein «Stempel» für verwerfliches Verhalten, schadet nicht zuletzt den Opfern von echtem Rassismus.

Derweil gibt sich die gescholtene Feri reuevoll: «Sollte ich in der Nervosität der Abschlussfrage eine stereotypisierte Aussage gemacht haben, tut mir das leid, und ich entschuldige mich dafür.»

Yvonne Feris Bussgang nach Canossa wäre schon fast lustig, wenn er nicht wahr wäre.

Patrick Freudiger

Hotelzimmer für osteuropäische Bettlerbanden?



Kürzlich wurde mein Vorstoss zur Wiedereinführung des Bettelverbotes in Basel an den Regierungsrat überwiesen. Dieser muss nun das Bettelverbot wieder einführen. Dagegen waren die linken Parteien.

Die seit Aufhebung des Verbots verursachte Bettel-Orgie hat in den vergangenen Monaten absurde Ausmasse angenommen. In der Zwischenzeit sind es knapp 100 rumänische Bettler. Nicht nur der Umstand, dass diese Bettler aufdringlich sind, stört die Bevölkerung. Auch die Schlafsituation ist unbefriedigend. So sind an fast allen Ecken Basels in der Nacht Bettelcamps entstanden. Mit Schlafsäcken, Kartons und dem halben Hausrat nächtigen sie vor unseren Augen. Angesichts der Situation haben die Behörden in den öffentlichen Parkanlagen Hinweisschilder aufgestellt, dass das Verrichten der Notdurft (!) verboten sei.

Linke Parteien haben nun den Spiess umgekehrt und fordern noch mehr Hilfe. Die angeblich armen und mittellosen Rumänen – die gemäss Recherchen lokaler Medien teilweise mit Easyjet auf Heimaturlaub fliegen – seien vor Kälte zu schützen. Der Kanton müsse sie deshalb

unterbringen. Obschon namhafte Osteuropa-Experten wegen der Sogwirkung vor der Schaffung eines solchen Angebots warnen, hat die rot-grün dominierte Regierung nun eine Viertelmillion Franken bewilligt, damit Hotelzimmer angemietet werden können. Diese stehen zuerst den «einheimischen» Obdachlosen zur Verfügung; die Bettler – allesamt EU-Bürger – sollen in der Notschlafstelle unterkommen. Ein Schelm, der denkt, dass die wenigen Plätze dort nicht so besetzt werden, dass bald auch die Bettlerbanden in Hotels nächtigen...

Gleichzeitig hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte im Fall einer Roma-Bettlerin geurteilt, dass ein generelles Bettelverbot nicht verhältnismässig sei. Schon jubeln Basler Linke über das Urteil fremder Richter. Dabei geht vergessen, dass das Gericht keinesfalls ein Bettelverbot in Frage stellt. Entsprechend hat die Genfer Regierung mitteilen lassen, dass man sehr wohl am Bettelverbot festhalte. Auch in Basel-Stadt ist es angesichts dieser Zustände wichtig, dass ein Verbot eingeführt wird. Wir dürfen gespannt sein, ob die Linke in dieser Frage für einmal ihre dogmatischen Scheuklappen ablegen und als Volksvertreter tatsächlich auch das Volk vertreten wird.

Joël Thüring, Grossrat des Kantons Basel-Stadt

Erlebnisse aus 35 Jahren aktiver Politik (Teil 7)

Damals in der Auns

von Hans Fehr, a. Nationalrat und Geschäftsführer der Auns, Eglisau ZH



Im Februar 1999 präsentiert der Bundesrat den «Integrationsbericht 1999». Das 400-seitige Dokument, angeblich eine sachlich-nüchterne Auslegeordnung über die Vor- und Nachteile eines EU-Beitritts sowie weiterer Integrationsmodelle, ist in Wirklichkeit ein Propagandabehalt. Die massiven Belastungen und Nachteile eines Beitritts zur Europäischen Union für unser Land schimmern im bundesrätlichen Bericht zwar da und dort durch. Sie werden aber verharmlost und zum Teil gänzlich unterschlagen.

- Verharmlost werden v.a. der schwerwiegende Souveränitätsverzicht und der Abbau der Volksrechte. Wir machen deshalb klar: EU-Recht bricht Landesrecht!

Die angeblichen Mitbestimmungsrechte der Schweiz in den EU-Gremien wären minimal und – weil Brüssel immer mehr zu Mehrheitsentscheidungen drängt – immer bedeutungsloser.

- Geradezu abenteuerlich sind die schönfärberischen Ausführungen im Bericht zur schweizerischen Neutralität. Diese würde durch einen Beitritt zur EU, die u.a. eine sicherheitspolitische/militärische Zusammenarbeit anstrebt, völlig unglaubwürdig.
- Sogar der Bundesrat muss einräumen, dass die Kosten eines EU-Beitritts (er rechnet damals mit 3,5 bis 4 Milliarden Franken jährlich) sehr hoch wären und eine viel höhere Staats- und Steuerquote zur Folge hätten. Eine seriöse Berechnung unsererseits ergibt den fast doppelten Betrag. Dazu kommt, dass der Bun-

Ein wohltuender Abstecher ins Zürcher Weinland

Mitten in der Auseinandersetzung um den EU-Beitritt und die «Bilateralen I» setzt das Weinländer Herbstfest vom 12./13. September 1998 im wunderbar geschmückten zürcherischen Flaach einen wohltuenden Kontrapunkt zur Politik. Auf Einladung von Nationalrat Ulrich Schlüer ist auch Bundesrat Ogi als Ehrengast zugegen. Dabei widmet ihm der unvergessliche Bauerndichter Willy Peter (1923–2011) zum Willkomm das folgende hier auszugsweise abgedruckte Gedicht.

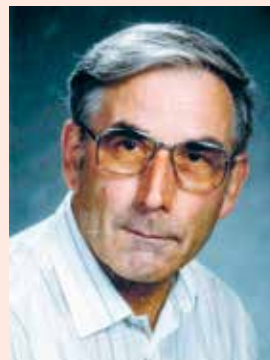
S Züri Wyland sait Grüezi

Herr Bundesrat, sind Si willkumm!

Mir säged Ine zërscht warum
das mir, mit öisne Chind,
e ganz e gmögigs Völchli sind
wo sich uf allergattig Glais
na wacker sälber z hälfe waiss.
Mir händ da Wuurzle, edle Wy,
und sind bin alem Tue deby.
De Herrgott isch, mir gschpüüred s naime,
au bin öis e chli dihaime:
«Da fäält na öppis», hät er tänkt,
und hät der Schwyz na s Wyland gschänkt.
(...)

Jez wüssed Si, Herr Bundesrat,
wie s da im Wyland um is schtaat.
Nu d EU hämer nid beschproche –
mir händ is halt e bitzli gschoche
wil me vo öis häär use gseet:
Mir sind i zää Minute deet.
Au bi der Solidarität
läbed mer na echli Diät.

Willy Peter präsentiert dem hohen Gast sodann in seinem würzigen Weinländer Dialekt Überlegungen und Forderungen zu den Erpressungsversuchen aus Amerika, zum Wesen des «Schweizer Hauses», zur NEAT, zur Landwirtschaft und für mehr Bodenständigkeit



und Freude an unserem Land.
Er endet wie folgt:

Jez höri uf. Em Volch chunts
sicher ggläge.
Sii wänd ja, glaub i, au na
öppis säge!
Uf Bäärndüütsch! Wunder-
saami Töön,
au wämer s schwäär ver-
schönt: S isch schön!

Nu s Züritüütsch isch na perfäkter!
Eb Rääpuur oder Schportdiräkter:
Wänn Jedes Jedes wider gärn verschtaat,
dihaim, im Parlamänt, im Bundesraat,
im Volch und Stand und Hoof und Huus,
dänn chömed mer us öisem Zwyschpalt uus!

Und ganz am Schluss, Herr Bundesrat,
e Woret, wo i d Mitti schaat
als hine füre gholts Konzäpt
und immer wider gfröüts Rezäpt:
Mir wänd überläbe!
Zäiged mers tüütli:
Mit em Chopf i der Wält,
mit em Härz uf em Rütli!

Willy Peter

desrat die Auswirkungen der unvermeidlichen Anpassung ans europäische Zinsniveau glatt unterschlägt.

- Ebenso blendet der Integrationsbericht aus, dass die gewaltige Zunahme der gesamten Steuer-, Abgaben- und Schuldenlast (u.a. mit einer Mehrwertsteuer von mindestens 15 Prozent) zu einem massiven Anstieg der Staatsquote, zu verschlechterter Wettbewerbsfähigkeit und damit zu mehr Arbeitslosen führen würde. Zudem würden wir den Schweizer Franken und unsere Währungsautonomie verlieren – und damit unser effizientes Instrument zur Regulierung der Geldwertstabilität.

Wir erarbeiten in der Folge auf der Auns-Geschäftsstelle eine umfassende Stellungnahme «Die Schweiz und die Europäische Union» und verschicken Zehntausende von Exemplaren an Mitglieder und Interessenten.

Die Auns kann bis auf den heutigen Tag für sich in Anspruch nehmen, dass sie massgeblichen Anteil daran hat, dass unser Land nicht Mitglied der EU geworden ist. Auch beim aktuellen Kampf gegen den Rahmenvertrag ist die Auns an vorderster Front beteiligt.

Parallel zur Beschönigung eines EU-Beitritts laufen die Bemühungen des Bundesrates für den «bilateralen Weg» auf Hochtouren. Die Krux liegt darin, dass die Mehrheit der Landesregierung weiterhin nach Brüssel drängt. FDP-Bundesrat Pascal Couchepin zeigt sich am 11. Juni 1999 in Interlaken überzeugt, «dass die Schweiz fähig ist, der EU ohne den Verlust ihrer Identität beizutreten.»

KEIN MONOPOL DEM EU-SÜCHTIGEN MEDIEN-EINTOPF IN DER SCHWEIZ

Ich abonniere das «Schweizerzeit»-Magazin.
Preis bis Ende 2021: Fr. 80.–

Name/Vorname:

Strasse/Nr.:

PLZ/Ort:

Mail-Adresse:

Wenn Sie uns Ihre Mail-Adresse mitteilen, erhalten Sie zusätzlich kostenlos allwöchentlich unser aktuelles «Brisant» per Mail. Eine Weitergabe Ihrer Mail-Adresse findet nicht statt.

Datum:

Unterschrift:

Einsenden an: «Schweizerzeit», Postfach 54, 8416 Flaach,
Tel.: 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03
E-Mail: abonnement@schweizerzeit.ch

Churz & Bündig

Viele hacken auf Gesundheitsminister Berset herum, weil er in der Bekämpfung der Corona-Pandemie versagt habe. Sie haben Recht. Allerdings ist er ein Linker – und das linke Programm heisst nun einmal: Bevormundung der Bürger, Wirtschaftsfeindlichkeit. Noch schlimmer ist die angeblich «bürgerliche» Politik der FDP-Bundesratsmitglieder Keller-Sutter und Cassis. Hätten sie mit Ueli Maurer und Guy Parmelin gegen die unsinnigen, desaströsen Restaurant-Schliessungen gestimmt, so wären diese 4:3 abgelehnt worden. hf

(Die Frage ist nur, was man unter Identität versteht). Die bilateralen Verträge, so Couchepin, seien lediglich ein erster Schritt zum Beitritt.

Die EU-Funktionäre nehmen das natürlich gerne zur Kenntnis und haben deshalb keine Eile bei den Verhandlungen. Umso mehr drängt der Bundesrat darauf, die sogenannten bilateralen sektoriellen Abkommen in den sieben Bereichen Personenverkehr, Landverkehr, Luftverkehr, Forschung, Landwirtschaft, öffentliches Beschaffungswesen und technische Handelshemmnisse voranzutreiben. Er will den raschestmöglichen Abschluss der Verträge nach dem Prinzip «Augen zu und durch». Das Ganze ist geprägt durch Oberflächlichkeit.

In einer Sondersession vom 30. August bis zum 3. September 1999 werden die bilateralen Verträge gestaffelt durch beide Räte «gepeitscht». In der Septembersession werden die Differenzen bereinigt, und die Schlussabstimmung wird auf den 8. Oktober angesetzt.

Wir stellen in den Auns-Gremien nach intensivem Studium fest: Die sieben Abkommen, die parallel behandelt werden, bilden ein kompliziertes, unübersichtliches Paket mit mehr Nachteilen als Vorteilen für unser Land. Die vorgesehene Kündigungsmöglichkeit beim Personenfreizügigkeits-Abkommen nach sieben Jahren ist eher eine theoretische Paragraphenklauberei. Sollen wir das Referendum ergreifen und damit den Beitrittsaposteln Auftrieb geben? Eine schwierige Entscheidung für die Auns.

(Fortsetzung folgt)

Hans Fehr

AKTUELL Neue Masken Motive

HELL

TELL WO BIST DU ???
Die verfluchten Vögte sind wieder im Land!!

www.patriot.shop

PATRIOT.SHOP

Postfach 71, 8192 Giattfeiden

Büchertisch

BESTSELLER



Corona – Fehllalarm?

Zahlen, Daten und Hintergründe

Dr. Karina Reiss/Dr. Sucharit Bhakdi

Unzählbare Machenschaften wurden entfaltet, das Erscheinen dieses Buches zu verhindern. Neuerdings wurde gar seine Website zum Verschwinden gebracht. Weil es fundiert und überlegt Kritik übt an vielem, was Regierungen im Vollmachten-Regime als angebliche Corona-Bekämpfung durchgesetzt haben. Was war, was ist wirklich gerechtfertigt – und was dient den Regierungen bloss dazu, ihren Machtbereich auf Kosten der Demokratie auszudehnen? Dieses Buch liefert dazu brisante, sorgfältig recherchierte Informationen.

Goldegg, Berlin 2020, 159 S., brosch., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70



Der Staat an seinen Grenzen

Über die Wirkung von Einwanderung in Geschichte und Gegenwart

Thilo Sarrazin

Thilo Sarrazin – im wahrsten Sinn des Wortes unbestechlicher Beobachter des Zeitgeschehens – legt ein neues Buch vor. Es befasst sich mit der schwierigsten und gefährlichsten Herausforderung, vor der Europa steht: Der Masseneinwanderung aus Afrika und Nahost. Es kommen – im Gegensatz zu früheren Einwanderungen – nicht Leistungsträger. Es kommen Menschen, die Gratis-Existenz suchen. In derart grosser Zahl, dass sie Europa nichts weniger als den Untergang des Abendlands bereiten können. Ein Buch, dem im Interesse europäischer Errungenschaften grösste Verbreitung zu wünschen ist.

LMV, München 2020, 480 S., geb., (Richtpreis Fr. 34.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 31.40

SCHWEIZ



Der Superstaat

Von Bürokratie und Parteizentralen und wie man den schlanken Staat zurückgewinnt

Beat Kappeler

Dieses Buch muss für die Schweiz Wegweiser sein in der Debatte um den EU-Rahmenvertrag. Kappeler zeigt eindrücklich, wie der von den Machteliten erzwungene Zentralismus, gipfelnd in der laufend auswuchernden EU-Bürokratie, Europa in den Abgrund treibt. Kappeler beschreibt überzeugend, wie der Zentralismus, die unternehmerische Initiative behindernde Gleichschaltung die Wirtschaft in Europa in Rückstand bringt gegenüber den USA und Fernost. Ein aufrüttelndes Plädoyer gegen Bürokratismus.

NZZ Libro/Schwabe, Basel 2020, 151 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 34.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 30.60

AKTUELL



Lockdown 2020

Wie ein Virus dazu benutzt wird, die Gesellschaft zu verändern

Hannes Hofbauer/Stefan Kraft (Hsg.)

Zwanzig Abhandlungen von zwanzig Autoren begründen, weshalb die Folgen von wochenlang verfügemem Wirtschafts-Stillstand in den europäischen Ländern – die Schweiz inbegriffen – wesentlich weittragendere negative Konsequenzen zeitigen dürften als die Pandemie, die damit bekämpft werden sollte. Ein Buch für Leser, die den ganz auf Regierungskurs segelnden Medien nicht alles glauben, was derzeit präsentiert wird. Das Buch besticht durch die Sachlichkeit der darin enthaltenen Aufsätze und Bewertungen.

Promedia, Wien 2020, 280 S., brosch., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–



Schwarzbuch EU & Nato

Warum die Welt keinen Frieden findet

Wolfgang Effenberger

Sowohl die EU als auch die Nato wollen als den Frieden bewahrende und sichernde Institutionen anerkannt werden. Der Autor hinterfragt diesen Anspruch beharrlich und nachdrücklich. Er präsentiert Feststellungen, die den Friedenswillen der EU- und Nato-Gewaltigen arg infrage stellen – was die Neutralität der Schweiz indirekt markant aufwertet. Nicht alles, was der Autor präsentiert, wird vom Leser geteilt. Aber die Auseinandersetzung mit den Aussagen führender EU- und Nato-Exponenten, welche dieses Buch präsentiert, lohnen seine Lektüre in jedem Fall.

Zeigeist, Hör-Grenzhausen 2020, 619 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 38.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 35.–



Verheimlicht – vertuscht – vergessen

2021 – das andere Jahrbuch. Was 2020 nicht in der Zeitung stand

Gerhard Wisniewski

Der Autor hat sich darauf spezialisiert, Erklärungen und Verlautbarungen von Regierungen, von Organen der EU, der Uno usw. sorgfältig mit ihrem konkreten Handeln zu vergleichen, Worte und Taten also akribisch aneinander zu messen. Wisniewski beweist dabei hundertfach, dass Äusserungen offizieller Stellen deren wahre Absichten eher verschleiern als erläutern. Den Bürgern wird verheimlicht, was in Wahrheit angestrebt wird. Der Autor erfährt ob dieser Offenlegung ganz bestimmter Absichten massivste Angriffe von offiziellen Stellen. Die Auseinandersetzung mit dem Graben zwischen Worten und Taten interessiert indessen jeden wachen Zeitgenossen.

Kopp, Rottenburg 2021, 288 S., geb., ill., (Richtpreis Fr. 21.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 19.70

HÖRBUCH



Lieber zuhören statt lesen – unser heutiger Hörbuch-Vorschlag:



Winston Churchill – Der späte Held

Eine Biographie

Thomas Kielinger

Aufgrund der für ganz Europa wegweisenden Ereignisse, die England einmal mehr auf eigenständigen Weg bringen, sei die hervorragende Biographie von Thomas Kielinger über Winston Churchill noch einmal empfohlen. Sie bietet ein Hörerlebnis, wie es nicht oft Tatsache wird. Da wird deutlich, wie eiserner Wille Hitlers Wehrmacht die Eroberung Englands verunmöglicht hat, wie eiserner Wille den anfangs von Sieg zu Sieg stürmenden Hitler bereits zu Beginn des Weltkriegs entscheidend zurückgebunden hat, womit die schliessliche Niederlage vorgezeichnet wurde. Nicht nur Churchills Rolle in den entscheidenden Momenten für den Ausgang des Zweiten Weltkriegs fesseln die Zuhörer dieses Hörbuches. Churchills politisches Wirken, das bereits vor dem Ersten Weltkrieg markante Spuren vorzeichnete, lässt ihn als im wahren Sinn dieses Wortes Wege weisende Persönlichkeit für die Weltgeschichte lebendig werden.

Man verbringt mit diesem Hörbuch höchst anregende Stunden.

Bonnevoice Hörbuchverlag/C.H. Beck, München 2014/2019, 2 MP3-CDs, Laufzeit 700 Min., (Richtpreis Fr. 28.90)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.–

Hörbücher: Beste Unterhaltung auf langen Autofahrten und beruhigende Medizin gegen Stau-Ärger.

BUCHZEICHEN



Wer hat Angst vor Tell?

Unzeitgemässes zur Demokratie

Oliver Zimmer

Der Schweizer Historiker Oliver Zimmer bekleidet eine Professur in Oxford. Nicht aus Zufall – sondern weil er dort wirken kann, ohne dem linken Zeitgeist, der sich in der hiesigen Historiker-Fachschaft durchgesetzt hat, Tribut zahlen zu müssen.

Oliver Zimmer legt ein interessantes, bereicherndes Buch zur Auseinandersetzung mit dem Zeitgeist vor. Als Ausgangspunkt für den Linksdrall in hiesigen Historiker-Fachschaften erkennt Zimmer Max Frischs «Wilhelm Tell für die Schule». Interessant sind aber auch Zimmers Ausführungen zur EU-Gerichtsbarkeit, der sich die Schweiz nach dem Willen des Bundesrats mit dem Rahmenvertrag zu unterziehen hätte. Sie huldige einer bedrohlichen Gleichschaltungsideologie, die jeden Fürsprecher der persönlichen Freiheit (als solcher versteht sich Zimmer) herausfordern müsse.

us

Oliver Zimmer: «Wer hat Angst vor Tell? – Unzeitgemässes zur Demokratie». Echtzeit, Basel 2020, 181 S., brosch., (Richtpreis Fr. 29.–)
Ihr Preis bei der «Schweizerzeit»: Fr. 26.10

Bestellschein

Schweizerzeit

Bestseller

- Dr. K. Reiss, Dr. S. Bhakdi – Corona-Fehlalarm **à Fr. 19.70**
- Thilo Sarrazin – Der Staat an seinen Grenzen **à Fr. 31.40**
- Beat Kappeler – Der Superstaat **à Fr. 30.60**

Hörbuch

- Thomas Kielinger – Winston Churchill **à Fr. 26.–**

Buchzeichen

- Oliver Zimmer – Wer hat Angst vor Tell? **à Fr. 26.10**

Aktuell

- Hannes Hofbauer/Stefan Kraft – Lockdown 2020 **à Fr. 26.–**
- Wolfgang Effenberger – Schwarzbuch EU & Nato **à Fr. 35.–**
- Gerhard Wisnewski – Verheimlicht – vertuscht ... **à Fr. 19.70**

Bestellung an:

«Schweizerzeit»-Bücherdienst, Postfach 54, 8416 Flaach

Tel. 052 301 31 00, Fax 052 301 31 03, buechertisch@schweizerzeit.ch

Der «Schweizerzeit»-Bücherdienst kann Ihnen jedes vom Buchhandel lieferbare Buch vermitteln. Die Versandkosten für Sendungen bis Fr. 100.– betragen Fr. 8.–, Sendungen über Fr. 100.– sind versandkostenfrei.

(02/29.01.2021)

Name/Vorname

Strasse/Nr.

PLZ/Ort

Tel.-Nr.

Datum

Unterschrift



Sendungen jeden Freitag 21.00–22.00 Uhr auf «Schweiz5»

Freitag, 29. Januar 2021

Magazin

Beizen für Büezer

mit Nationalrätin Monika Rüeegg, Engelberg

Freitag, 5. Februar 2021

Landmann-Talk

Valentin Landmann im Gespräch mit

Frau Dr. Beatrice Bänninger, Geschäftsführerin der Zürcher Stadtmission

Aufzeichnungen und Live-Sendungen werden wie geplant durchgeführt.

Aufgrund der aktuellen Lage ist jedoch die Anwesenheit von Zuschauern weder für Aufzeichnungen noch für Live-Sendungen erlaubt.

Beizen auf für Büezer

Online-Petition

Jetzt Unterschreiben!

www.beizen-für-büezer.ch

Bleiben Sie auf dem Laufenden!

Jetzt die Telegram-App herunterladen!

Folgen Sie uns auf Telegram:

t.me/schweizerzeit

**JA zu Schweiz
NEIN zum
Islamismus!**

**Ja zum
Verhüllungsverbot!**

**Unterstützen Sie
unseren
Abstimmungskampf**

schweizerzeit.ch/vvi

Die nächste «Schweizerzeit»
erscheint am

12. Februar 2021

Schweizerzeit

Impressum

Herausgeberin: «Schweizerzeit» Verlags AG,
8416 Flaach, PC-Konto 84-3870-9
IBAN: CH95 0900 0000 8400 3870 9
BIC: POFICHBEXXX

Verlagsleitung: Ulrich Schlüer

Redaktion: Postfach 54, 8416 Flaach

Telefon: 052 301 31 00

Telefax: 052 301 31 03

redaktion@schweizerzeit.ch

www.schweizerzeit.ch

Leitung: Ulrich Schlüer, Hans Fehr

Mitarbeiter: Samuel Balsiger, Karl Eckstein,
Patrick Freudiger, Thomas Fuchs, Alex Grendelmeier,
Tis Hagmann, Hermann Lei, Anian Liebrand, Markus
Melz, Charly Pichler, Thorsten Polleit, Joël Thüring

Finanzen, Organisation: Denise Betschart

Inserate: Markus Rezzonico, 079 332 61 61

Layout, Druck: Dietschi Print&Design AG,
Ziegelfeldstrasse 60, 4601 Olten,
T 062 205 75 75, info@dietschi.ch

Einzelpreis: CHF 4.–, erscheint 14-täglich

Jahresabonnement: mind. CHF/EUR 80.–

Liberales Irrungen

Während die Parteispitze zum Kampf «gegen staatliche Kleidervorschriften» bläst, stimmen laut der jüngsten Tamedia-Umfrage gegenwärtig fast drei Viertel der FDP-Anhänger der Volksinitiative «Ja zum Verhüllungsverbot» zu. Die Kampagnenführer gegen die Initiative wollen trotzdem den liberalen Blickwinkel für sich gepachtet haben. Haben sich demnach drei von vier FDP-Wählern von liberalen Werten verabschiedet?

Das Gegenteil ist der Fall: Die Partei-Eliten haben ihren Kompass verloren. Ein Verhüllungsverbot ist keine Kleidervorschrift, sondern es befreit Frauen von Erniedrigung und Unterdrückung. Für diese Freiheit einzustehen, hat viel mehr mit liberalen Werten zu tun als gegen die antidemokratischen Auswüchse eines radikalen Islam unter pseudoliberalen Vorzeichen nichts unternehmen zu wollen.

Ich nehme für mich nicht in Anspruch, ein «Vorzeige-Liberaler» zu sein – aber so viel glaube ich zu wissen: Freiheit setzte schon immer Verantwortung voraus. Liberal zu handeln – das scheint zum Glück die grosse Mehrheit der FDP-Sympathisanten verinnerlicht zu haben – bedeutete nie, gegenüber gefährlichen Bedrohungen keine Regeln zu erlassen und «alles schleifen» zu lassen. Dass der radikale Islam, mit dem Burka und Niqab untrennbar verknüpft sind, eine solche Bedrohung des

friedlichen Zusammenlebens darstellt, sollte auch die FDP-Parteispitze einsehen.

Ein überzeugter Liberaler kann die Verhüllungsverbots-Initiative nur schon deshalb nicht ablehnen, weil bei einem Nein zur Initiative automatisch ein indirekter Gegenvorschlag in Kraft tritt. Dieser würde ein wohl noch nie da gewesenes Staatsausbau- und Geldverteilungs-Programm schaffen, mit dem sich die linke Sozialindustrie wie im Schlaraffenland fühlen würde.

Bei einem Nein zur Initiative werden künftig noch mehr Bundesgelder mit der Giesskanne verteilt: Für nur vage definierte «Frauenförderung», Gleichstellung, Integration und Entwicklungshilfe im Ausland. Klare Zieldefinitionen – wie das Pochen auf verbindliche Integrationsvereinbarungen – fehlen. Der Gegenvorschlag muss der Albtraum eines jeden rechtlich-schaffenen Liberalen sein.

Ich weiss bereits von etlichen Jungfreisinnigen, dass sie aus den geschilderten Gründen Ja zum Verhüllungsverbot stimmen werden. Das Verhüllungsverbot als klar definierter Verfassungsauftrag für ein friedliches Zusammenleben ist um einiges liberaler als noch mehr staatliche Geldverteilung.

Anian Liebrand

**Schluss
Punkt** 